

## Die Liberalen – stark in Europa

In der Krise stehen die Staaten der EU wirtschaftlich solide da, in denen liberale Parteien Verantwortung tragen. Klar ist: Liberale werden gebraucht – in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten und in der Hauptstadt Europas. In diesem Sinn legt die FDP im Europäischen Parlament nach Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode Rechenschaft ab, über die Arbeit, die die Abgeordneten bislang geleistet haben.

### Ihre FDP-Europaabgeordneten

ALEXANDER ALVARO  
JORGO CHATZIMARKAKIS  
JÜRGEN CREUTZMANN  
NADJA HIRSCH  
DR. WOLF KLINZ  
SILVANA KOCH-MEHRIN  
HOLGER KRAHMER  
ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF  
GESINE MEIBNER  
BRITTA REIMERS  
ALEXANDRA THEIN  
MICHAEL THEURER

# JOURNAL eu HALBZEITBERICHT



# Vorwort

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF



Dieser Halbzeitbericht, mit dem die FDP im Europäischen Parlament Rechenschaft über die in dieser Legislaturperiode bisher geleistete Arbeit ablegt, erscheint mitten in einer der größten Krisen der EU. Bei näherer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass man bei der Suche nach den Ursachen nicht auf die EU zeigen sollte. Es war gerade nicht gemeinschaftliches Handeln der Europäischen Union, das die Probleme verursacht hat, sondern unverantwortliche Politik einzelner Mitgliedstaaten. Die öffentliche Verschuldung lief dort derart aus dem Ruder, dass ihre Zahlungsfähigkeit in Frage stand und teilweise noch steht. Die Freiheit aller Mitgliedstaaten der Eurozone, ihre nationalen Haushalte selber zu gestalten, wurde nicht mit der Verantwortung für die Stabilität der gemeinsamen Währung in Einklang gebracht. Für Liberale ist aber glasklar, dass Freiheit und Verantwortung zusammen gehören. Ist es ein Wunder, dass an keiner der Krisenregierungen Liberale beteiligt waren? Ist es ein Wunder, dass in den solide wirtschaftenden Staaten fast überall starke liberale Parteien Verantwortung tragen, in Parlamenten oder sogar Regierungen? Liberale werden gebraucht! Die Stimme der Vernunft muss gehört werden, in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten wie in der Hauptstadt Europas.

In Brüssel hört man die Liberalen, denn die FDP und ihre Partner sind stark in Europa: Gerade in der aktuellen Krise haben wir wichtige ordnungspolitische Grundsätze auf europäischer Ebene durchgesetzt. So hat die FDP im EP maßgeblich daran mitgewirkt, dass der Stabilitätspakt endlich Zähne bekommt. Obwohl zwischen der Bundeskanzlerin und Präsident Sarkozy anderes vereinbart, gibt es dank unserer Arbeit und Beharrlichkeit jetzt doch automatische Sanktionen, mit denen sichergestellt wird, dass Haushaltssünder den Konsequenzen nicht durch politische Absprachen entgehen. Mit unserer Unterstützung wurde zudem das Europäische Semester geschaffen – jetzt müssen die Mitglieder der Eurozone ihre Haushaltspläne für das jeweils kommende Jahr schon vorher in Brüssel zur Prüfung vorlegen. Wenn sie mit der Sicherung der Eurostabilität nicht vereinbar sind, drohen auch hier Sanktionen. All das sind Schritte in Richtung einer echten Stabilitätsunion für Europa!

Die Debatte um die gemeinsame Währung war und ist jedoch nicht alles. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Parlament deutlich an Einfluss gewonnen. Wir haben das SWIFT-Abkommen gestoppt und damit einen Angriff auf die Freiheitsrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger verhindert. In der Umwelt-, Agrar-, Verkehrs- und Industriepolitik kämpfen wir für liberale Positionen. Dabei hat die FDP im EP immer die Mitte im Blick, denn für uns Liberale ist die Verbesserung der Unternehmenschancen für den Mittelstand genau so wichtig wie die Eröffnung neuer Bildungschancen für die Mittelschicht.

Liberale werden gebraucht, in Deutschland und Europa – die folgenden Beiträge zeigen, wie erfolgreich Ihre FDP-Abgeordneten für die liberale Sache arbeiten.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Alexander Graf Lambsdorff

Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament

## Inhalt

ALEXANDER ALVARO	4
JORGO CHATZIMARKAKIS	6
JÜRGEN CREUTZMANN	8
NADJA HIRSCH	10
DR. WOLF KLINZ	12
SILVANA KOCH-MEHRIN	14
KONTAKTDATEN	16
HOLGER KRAHMER	18
ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF	20
GESINE MEIBNER	22
BRITTA REIMERS	24
ALEXANDRA THEIN	26
MICHAEL THEURER	28
IMPRESSUM	30



## Alexander Alvaro

Ich bin seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und meine Aufgaben, die ich seitdem im Auftrag der Bürger in Brüssel wahrgenommen habe, umfassen die Bereiche Innen- und Justizpolitik, Telekommunikations- und Internetpolitik sowie die Haushaltspolitik in der EU. Zudem vertrete ich seit Juni 2011 die FDP im Europäischen Parlament im Präsidium der Partei. In meinen Funktionen setze ich mich für eine nachhaltige Politik ein, die den Ansprüchen nach Sicherheit und insbesondere der Freiheit der Bürger Rechnung trägt und die Grundrechte und Werte Europas verteidigt.

» Politik muss den Ansprüchen der Bürger nach Sicherheit und Freiheit gerecht werden – im Zweifel entscheiden wir uns für die Freiheit. «

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Jahre 2009 hat sich das Machtgefüge in der Europäischen Union verschoben. Das Europäische Parlament ist nun in nahezu allen Bereichen gleichberechtigter Gesetzgeber. Dies ist ein deutlicher Zugewinn an Macht, den die Abgeordneten im Europäischen Parlament aber nur dann sinnvoll einsetzen können, wenn verstanden wird, dass hiermit auch ein enormer Zuwachs an Verantwortung einhergeht. Dies gilt sowohl für die europäische Innenpolitik, als auch den Haushalt der Europäischen Union.

### SWIFT

Insbesondere bei der Entscheidung zum SWIFT-Abkommen, das die Übermittlung europäischer Bankdaten an die USA regelt, war es eine Herausforderung, die feine Trennlinie zwischen Kompromiss und Preisgabe der eigenen Grundsätze nicht zu überschreiten. Dies ist uns gelungen: Wir haben zunächst durchgesetzt, dass das Abkommen aufgrund mangelnder Datenschutzregelungen abgelehnt wurde. In einer zweiten Runde konnte ich als Verhandlungsführer ein Ergebnis er-

zielen, das die datenschutzkonforme Übermittlung der Daten sicherstellt, und mittelfristig zu ihrer Beendigung beitragen soll. Dass die endgültige Kompromisslösung nicht immer die reine Lehre sein kann, müssen wir akzeptieren, wenn wir mitregieren und mitgestalten wollen.

### Internetsperren

Auch bei unserer Arbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien

begegnen wir täglich Herausforderungen. Wir haben als FDP klare liberale Grundsätze zur Reichweite staatlicher Eingriffe ins Internet formuliert, die wir auch EU-weit durchsetzen wollen. In Folge langwieriger Verhandlungen ist es uns letzten Endes auch auf europäischer Ebene gelungen, die verpflichtende Einführung von Internetsperren in der Europäischen Union zu verhindern.

### Datenschutz

Wie ein roter Faden zog sich das Thema Datenschutz durch fast alle innenpolitischen Themen. In Bezug auf die mögliche Einführung von Körperscannern haben wir gefordert, dass durch die Scanner keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Wir haben die eklatanten Versäumnisse bei der Umsetzung der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie öffentlich gemacht und am Beispiel des Forschungsprojektes INDECT die Diskussion angestoßen, dass in europäischen Forschungsprojekten Grund- und Bürgerrechte besonders berücksichtigt werden müssen.

### Grundrechte

Das zugrundeliegende Ziel ist immer die Schaffung innerer Sicherheit bei gleichzeitiger Wahrung der Grundrechte. Im Zweifel hat der Schutz der Grundrechte stets Vorrang. Europa nimmt für sich in Anspruch, die Speerspitze des weltweiten Kampfes für Menschenrechte zu sein. Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der universelle Charakter der Menschenrechte sind genau die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet. Wer im Ausland für diese Werte kämpfen will, darf sie in Europa nicht ignorieren.

### EU-Haushalt

Ähnliche Konsequenz ist auch in der europäischen Haushaltspolitik gefordert. Im Gegensatz zu den Mitgliedstaaten darf sich die EU nicht verschulden. Der EU-Haushalt ist mit circa 125 Milliarden Euro pro Jahr als Mehrwert für zahlreiche Politikbereiche zu sehen, die in den Mitgliedstaaten sonst nicht angemessen gefördert werden könnten.

Wo von Ratsseite vorrangig auf die Summe unter dem Strich geachtet wird, haben wir wesentliche Umschichtungen der Gelder zugunsten der Bürger und der Wettbewerbsfähigkeit sowie Wachstum und Beschäftigung Europas erreicht. So konnten wir zum Beispiel mehr Mittel für Bildungsprogramme oder unternehmerische Initiativen und Innovation durchsetzen. Da mehr Geld nicht automatisch bessere Politik bedeutet und um eine bessere Kontrolle der Ausgaben für einzelne EU-Programme zu gewährleisten, haben wir außerdem darauf bestanden, manche Gelder so lange zurückzuhalten, bis die Kommission angemessene Fortschrittsnachweise bei der Umsetzung liefert. Des Weiteren haben wir Liberale entscheidende Kürzungen und Umschichtungen im administrativen Haushalt durchgesetzt und vor allem im eigenen Haus den Parlamentshaushalt um circa 25 Millionen Euro gekürzt.

### Mehnjähriger Finanzrahmen 2014 – 20

Erstmals wird, wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, das Parlament in die Verhandlungen über die langfristige Finanzplanung mit einbezogen. Politisch nötige Diskussionen über den EU-Haushalt und dessen Zusammensetzung, Ausgabenflexibilität und Effizienz stehen an, genauso wie die Diskussion um eine Vertiefung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik der Union und die dafür erforderlichen EU-Eigenmittel. Als Leiter der Parlamentsdelegation habe ich den Verhandlungsauftritt mit den 27 Europaministern begleitet. Größte Herausforderung für die weiteren Verhandlungen wird eine transparente Struktur ohne Schattenhaushalte und die endgültige Höhe des Finanzrahmens sein.



### Wanderzirkus

Straßburg ist laut EU-Vertrag offizieller Sitz des Europäischen Parlaments. Nach Auffassung der FDP ist es kein haltbarer Zustand, dass die Abgeordneten nur 48 Tage im Jahr dort verbringen, während die Ausschuss- und Fraktionssitzungen sowie weitere Plenarsitzungen in Brüssel stattfinden. Der Wanderzirkus ist teuer, zeitraubend und unpraktisch. Das Europäische Parlament ist das einzige Parlament, das nicht selbst beschließen darf, wo es seinen Sitz hat. Diese Entscheidung obliegt den Mitgliedstaaten. Endlich ist Dank unseres liberalen Engagements eine absolute Mehrheit im Hause für einen einzigen Sitz des EP erzielt worden, während wir auch den Reisezirkus insofern eindämmen konnten, dass 2012 und 2013 zwei Plenarsitzungen in einer Woche stattfinden werden. Nun müssen wir Frankreich überzeugen, das traditionell jede Debatte um den Parlamentsitz verweigert.

### ERREICHTE ZIELE

- **SWIFT-Abkommen datenschutzkonform gemacht:** Abkommen zunächst verhindert und in zweiter Runde als Verhandlungsführer europäischen Datenschutzstandards unterworfen
- **Verpflichtende EU-Internetsperren verhindert:** Mitgliedstaaten müssen Kinderpornographieseiten löschen – andere Maßnahmen liegen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten
- **ACTA-Abkommen Zähne gezogen:** Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente und Streichung der Passagen zu Internetsperren durchgesetzt
- **Grundrechte geschützt:** Grundrechtsverstöße in Frankreich und Ungarn aufgezeigt, woraufhin die Europäische Kommission entsprechende Maßnahmen eingeleitet hat
- **Wanderzirkus reduziert:** Durch Zusammenführung von zwei Plenarsitzungen in einer Woche im Parlamentskalender werden geschätzte 15 Millionen Euro pro Jahr gespart
- **Steuergelder gespart:** 2012 werden im EP durch interne Umschichtungen und Kürzungen circa 25 Millionen Euro gespart



## Jorgo Chatzimarkakis

Europa ist für mich die wichtigste Vision. Als europäischer Patriot will ich die Interessen Europas klar benennen und nach vorne bringen! Alles, was die EU unternimmt, muss einen echten europäischen Mehrwert für den Bürger haben. Auch deshalb kämpfe ich gegen zu viele Regeln, Verschwendung unser Steuergelder oder Bürgerferne. Glühbirnenverbote und Regeln über Gurkenkrümmung braucht kein Mensch! Der Leitsatz meiner europapolitischen Arbeit lautet: Ich will im Interesse der Bürger liberale Politik durchsetzen. Das ist mein Programm seit dem Jahr 2004 – und wird es auch weiterhin bleiben.

### » Als europäischer Patriot will ich die Interessen Europas klar benennen und nach vorne bringen. «

#### Besseres Management von Steuergeldern

Die Frage, wie die Europäische Union mit dem Steuergeld der Bürger wirtschaftet, ist eines meiner Kernthemen. Als Berichterstatter im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments war ich 2010 dafür zuständig, das Geldmanagement der Europäischen Kommission im Jahr 2009 genau zu prüfen. Mein Leitgedanke: Aus jedem europäischen Steuer-Euro muss ein Maximum an Mehrwert herausgeholt werden. Die Europäische Union hat kein Geld zu verschenken.

Die Haushaltsentlastung wurde in den letzten Jahren bisweilen zu leichtfertig gewährt. Dabei handelt es sich um eine der wichtigsten Aufgaben des Europäischen Parlaments. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, genau zu wissen, wie ihre Gelder ausgegeben werden. Der Europäische Rechnungshof hat seit 15 Jahren kein uneingeschränktes Urteil in Hinblick auf eine vollständige Rechtmäßigkeit der Ausgaben abgegeben. Mein Ansatz war es deshalb, Transparenz und Verantwortung zu stärken. Der Knackpunkt: auf der einen Seite geben die Mitgliedsstaaten der EU rund 80 Prozent der Mittel aus, auf der anderen Seite ist allein

die Kommission für eine korrekte Rechnungsführung verantwortlich. Ich habe deshalb einen Berichtsentwurf vorgelegt, der der Kommission mehr Druckmittel an die Hand gibt, um die korrekte Verwendung der Gelder auch effektiv durchsetzen zu können.

Meine wesentlichste Neuerung wird bereits erfolgreich eingesetzt: Die Kommission unterbricht immer dann die Zahlungen, wenn es Probleme mit der Umsetzung von Projekten gibt, die mit EU-Geldern gefördert werden. Es kann nicht sein, dass Steuergelder für sinnlose Projekte buchstäblich 'verballert' werden. Ich habe auch darauf gedrängt, dass

die Finanzminister der Mitgliedsstaaten künftig erklären, ob sie vernünftig mit den Steuergeldern der Bürger gewirtschaftet haben und dass Kommissare mehr Verantwortung übernehmen müssen.

#### Transparente Energiepreise für den Verbraucher

Energie ist das 'Lebensblut' unserer Volkswirtschaften. Für Verbraucher ist es ärgerlich, wenn die Preise steigen und steigen. Dies lag früher zum Teil daran, dass es Absprachen hinter den Kulissen gab, mit dem Ergebnis viel zu hoher Energiepreise. Als Berichterstatter für den Gesetzesvorschlag für mehr Integrität und Transparenz im Energiemarkt habe ich im Industriausschuss zahlreiche Vorschläge gemacht, wie die Preisentwicklung für die Verbraucher künftig transparenter wird. Denn Europa braucht transparente Energiemärkte, die vor Missbrauch geschützt sind. So habe ich ein Verbot von Insidergeschäften und Sanktionen bei Marktmissbrauch durchgesetzt. Die europäische Energieagentur ACER und die nationalen Regulierungsbehörden sind gestärkt worden – das entlastet die Verbraucher spürbar. Ein weiteres Thema, für das ich mich als energiepolitischer Sprecher der FDP (2009–2011) eingesetzt habe, war Energieeffizienz. Vor dem Hintergrund der zu Ende gehenden fossilen Brennstoffe habe ich mich für eine intelligente Strategie und ambitionierte Energiesparziele eingesetzt. Das E10-Debakel hat klar gezeigt: Klimaschutzpolitik in Kombination mit Industriepolitik funktioniert nicht.

#### Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung

Als industriepolitischer Sprecher der FDP (2009–2011), der den Aufstieg Chinas mit

kritischer Sympathie verfolgt, war es mir ein besonderes Anliegen, unsere europäische Industrie fit für die Zukunft zu machen. Als Schattenberichterstatter für den Initiativbericht 'Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung' war es mein Ziel, durch die Schaffung vernünftiger Rahmenbedingungen Europas Industrie wieder zur führenden Industrie der Welt zu machen. Mein Ansatz: Europa hat kaum Rohstoffe, aber wir haben die besten Köpfe. Forschung und Innovation müssen deshalb in den Mittelpunkt unserer Strategie.

Zentral für mich war, den Zugang von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu Fördermitteln der EU zu erleichtern. Die übergeordnete Klammer, welche die europäische Industriepolitik zusammenhalten muss, ist insgesamt eine bessere Koordinierung. Themen wie Kohäsion, Industrie, Handel, Forschung, Innovation, aber auch Soziales, Klima und Umweltschutz müssen künftig aufeinander abgestimmt werden.

#### Engagement im Saarland

Seit 2004 vertrete ich als 'kretischer Saarländer' die Interessen meines Wahlkreises. Seitdem habe ich mich für viele Themen eingesetzt, um Arbeitsplätze nicht nur zu sichern, sondern auch neu zu schaffen. Zwei wichtige Baustellen waren der Automobilstandort Saarland sowie der Gesundheitsstandort Saarland.

Als Berichterstatter für das Automobil der Zukunft habe ich dafür gesorgt, dass ambitionierter Umweltschutz nicht unser wichtigstes Industrieprodukt beschädigt. Das Arzneimittel-Umpackverbot hätte massiv Arbeitsplätze im Saarland, aber auch in anderen Bundesländern gefährdet. Ich habe deshalb persönlich den damals zuständigen Kommissar Verheugen davon überzeugen können, das Verbot nicht einzuführen. Eines meiner

wichtigsten Themen ist die bessere Kooperation der liberalen Europaabgeordneten aus der Großregion (Raum SaarLorLux). Im Januar 2011 habe ich deshalb die Allianz der Liberalen und Demokraten für die Großregion (ALDE-Gro) initiiert.

Ich setze mich auch für mehr Gesundheitstourismus in der Großregion ein. Im Juni 2010 besuchte EU-Gesundheitskommissar Dalli auf meine Einladung hin das Saarland, um sich einen Überblick über die Hightechstandorte unserer Region in Sachen Gesundheitstechnik zu verschaffen. Im Herbst 2011 habe ich hierzu eine Konferenz im Parlament veranstaltet. Mein Ansatz: Europa kann vor dem Hintergrund der Globalisierung nur in gemeinsamer Solidarität seine Stellung behaupten. Auch die Großregion wird ihren hohen Lebens- und Wirtschaftsstandard nur bewahren können, wenn wir noch stärker als bisher miteinander kooperieren!

#### Engagement für die FDP – Ganzheitlicher Liberalismus

Innerhalb der FDP engagiere ich mich für einen ganzheitlichen Liberalismus. Ich bin Gründungsmitglied des Dahrendorfkreises – benannt nach dem großen Soziologen Lord Ralf Dahrendorf. Ich will einen Liberalismus, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Freiheit sehe ich als Ausweitung der Lebenschancen und Wahlmöglichkeiten der Menschen. In unserer Gesellschaft muss jeder die Chance haben, seine Anrechte auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen zu können.

Als Politiker mit Migrationshintergrund war es mir deshalb auch ein besonderes Anliegen, bei der künftigen programmatischen Ausrichtung der FDP in diesem Bereich mitzuwirken. Für das neue Grundsatzprogramm 2012 habe ich das Programmforum 'Demographie und Integration' geleitet.

#### ERREICHTE ZIELE

- **Steuergelder gerettet:** Als Haushaltskontrolleur der EU habe ich mehr Transparenz und Rechenschaftspflichten in der EU durchgesetzt.
- **Bezahlbare Energie: Deals hinter den Kulissen** auf dem Energiemarkt habe ich einen Riegel vorgeschoben. Die Strompreise bleiben so stabil.
- **Industriepolitik:** Durch richtige Akzentsetzung in den Bereichen **Innovation und Forschung** habe ich dafür gesorgt, dass Europa fit für die Zukunft wird.
- **Ganzheitlicher Liberalismus:** Die FDP steht für mehr als nur Steuer-senkungen. Als Mitglied des Dahrendorfkreis möchte ich, dass unsere Partei künftig für Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft steht.
- **SaarLorLux:** Ich setzte mich für mehr **Gesundheitstourismus** ein. Das Saarland hat im Bereich Medizin- und Gesundheitstechnik die Nase vorn. Durch engere Kooperation mit Frankreich, Luxemburg und Belgien kann unsere Region zum Wellness – und Krankenhauszentrum Europas werden.



## Jürgen Creutzmann

Als Obmann der ALDE im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz setze ich mich dafür ein, dass unsere Wirtschaft und Verbraucher die Vorteile des weltweit größten Wirtschaftsraums voll ausschöpfen können. Im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales konzentriere ich mich vor allem auf Wirtschaftsthemen und kämpfe gegen überflüssige Bürokratie. Die europäischen kleinen und mittleren Unternehmen sind mir besonders wichtig: Für deren Interessen mache ich mich als Vorsitzender der ALDE-Arbeitsgruppe für KMU und Vizevorsitzender der interfraktionellen KMU-Arbeitsgruppe stark.

**» Rechte an geistigem Eigentum müssen konsequent durchgesetzt werden, um Anreize für Innovationen zu schaffen und Verbraucher zu schützen. «**

### Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Die neue Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr wird den Unternehmen in der EU nach Schätzungen der Kommission 180 Milliarden Euro zusätzliche Liquidität einbringen. Sie bringt klare Vorteile insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen: Entgegen der bisherigen Praxis werden marktbeherrschende Schuldner von ihnen abhängigen Gläubigern keine überlangen Zahlungsziele mehr aufzwingen können. Dies wird vor allem durch drei unbü-

rokratische und klare Regelungen ermöglicht, für die ich mich als Berichterstatter der Liberalen persönlich eingesetzt habe:

Erstens müssen öffentliche Stellen in Zukunft grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen ihre Auftragnehmer bezahlen. Zweitens haben Unternehmen bei der Vereinbarung von Zahlungszielen innerhalb von 60 Tagen Vertragsfreiheit – Zahlungsziele von mehr als 60 Tagen sind aber grundsätzlich nicht mehr erlaubt. Drittens können im Falle der Überschreitung dieser Fristen ohne vorherige Mahnung Beitreibungskosten in Höhe von mindestens 40 Euro und Zinsen in Höhe von

mindestens acht Prozent über dem EZB-Basiszinssatz in Rechnung gestellt werden.

Am 20. Oktober 2010 verabschiedete das Europäische Parlament die Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr.

### Verbraucherrechte

Die am 23. Juni 2011 verabschiedete Verbraucherrechte-Richtlinie führt erstmals einheitliche Vorschriften für Fernabsatz- und Haustürgeschäfte in ganz Europa ein. Die Fraktion der

Liberalen hat in dieser Frage mehr Harmonisierung und praxisfreundlichere Regelungen durchgesetzt. Unser Kernziel war immer, nur die wichtigsten Aspekte zu regeln, diese aber möglichst vollständig zu harmonisieren. Europaweit gleiche Regeln bei Käufen im Internet machen es kleinen Unternehmen erheblich einfacher, ihre Waren und Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten. Nun wird es beispielsweise gleiche Widerrufsrechte für alle europäischen Verbraucher geben.

Außerdem haben sich die Liberalen mit Nachdruck dafür eingesetzt, Handwerker und andere Kleinunternehmer von neuen Verwaltungslasten zu schützen und die neuen Regeln möglichst praxisfreundlich auszugestalten. Zum Beispiel wurden für Handwerksdienstleistungen mit einem Wert von unter 200 Euro Ausnahmen geschaffen.

Aber auch die Verbraucher können sich freuen, wenn sie im Internet einkaufen. Sie genießen jetzt überall ein hohes Maß an Schutz und können sorglos aus dem großen Angebot der deutschen und europäischen Internethändler bestellen.

### Online-Glücksspiele im Binnenmarkt

Über 90 Prozent der Sportwetten in Deutschland werden bei unregulierten Anbietern aus dem Ausland abgeschlossen. Dadurch entgehen den Ländern Millionen an Steuereinnahmen, die etwa für die Sportförderung verwendet werden könnten. Außerdem mangelt es an Verbraucherschutz, da beispielsweise Gewinne aus Wetten von unregulierten Anbietern in Deutschland von den Spielern nicht eingeklagt werden können.

Als Berichterstatter für das Grünbuch zu Onlineglücksspielen setze ich mich dafür ein, dass solche Zustände behoben werden. Glücksspiele im Internet sind ein grenzüberschreitendes Geschäft und erfordern deshalb

einen europäischen Regulierungsrahmen. Mit meinem Bericht möchte ich vor allem drei Ziele zum Ausdruck bringen:

Erstens fordere ich eine Richtlinie mit EU-weiten Mindeststandards, um gefährdete Verbraucher zu schützen, Spielsucht zu bekämpfen und Betrug zu verhindern. Zweitens benötigen wir gemeinsame Standards für transparente und nicht diskriminierende Lizenzierungssysteme auf nationaler Ebene, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und überflüssige bürokratische Hürden für grenzüberschreitende Angebote von Online-Glücksspielen zu senken. Drittens setze ich mich dafür ein, dass entschiedener gegen den wuchernden Schwarzmarkt durchgegriffen wird. Die Erstellung von nationalen schwarzen Listen mit illegalen Anbietern und Sperrung von Finanztransaktionen mit ebendiesen halte ich hierzu für das geeignete Mittel.



### Rechte an geistigem Eigentum an den EU-Außengrenzen durchsetzen

Ein großer Teil des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsplätze in der EU hängt bekanntermaßen von der effektiven Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum ab. Verletzungen dieser Rechte und der Handel



mit gefälschten Waren schaden nicht nur den betroffenen Industrien, sondern können auch eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit und die Sicherheit von Verbrauchern darstellen, etwa im Fall gefälschter Arzneimittel oder Haushaltsgeräte.

Die Zollbehörden sind an den EU-Außengrenzen in einer vergleichsweise günstigen Position, um Rechte an geistigem Eigentum effektiv durchzusetzen, bevor die betreffenden Waren sich im Binnenmarkt ausbreiten. Deshalb ist die Überarbeitung der EU-Verordnung zur Durchsetzung von Rechten geistigen Eigentums durch Zollbehörden aus dem Jahre 2003 in diesem Bereich von großer Bedeutung. Dabei geht es vor allem darum, die Zollverfahren angesichts des rapiden Anstiegs von Rechtsverletzungen effizienter zu gestalten und an immer komplexere Rechtsverletzungen anzupassen. So sieht der Gesetzesvorschlag uunter anderem ein vereinfachtes Verfahren für Kleinsendungen vor, da sich die Anzahl der zurückgehaltenen Postsendungen von 2009 bis 2010 als Folge wachsender Online-Käufe verdreifacht hat.

Als Berichterstatter bin ich für die Ausarbeitung der Position des Europäischen Parlaments verantwortlich. In dieser Funktion werde ich mich für effektive und unbürokratische Lösungen einsetzen.

### ERREICHTE ZIELE

- Durchsetzung klarer und unbürokratischer Regelungen zur **Bekämpfung von Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr
- Europaweit einheitliche **Verbraucherrechte** für Fernabsatz- und Haustürgeschäfte mit Vereinfachungen für Handwerksdienstleistungen
- Klare Positionierung des Europäischen Parlaments für einen europäischen Regulierungsrahmen im Bereich der **Online-Glücksspiele**
- Umsetzung einer effektiveren und weniger bürokratischen Durchsetzung von **Rechten geistigen Eigentums** durch Zollbehörden als Berichterstatter des EU-Parlaments
- Erfolgreiche Initiative zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der **Marktüberwachung** im Rahmen des EU-Haushalts 2012
- Gründung der **ALDE-Arbeitsgruppe für KMU**, einer regelmäßig tagenden Arbeitsgruppe liberaler Europaabgeordneter, die sich der speziellen Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen annimmt.



## Nadja Hirsch

Zur Politik kam ich als Stadträtin in München. Im Jahr 2009 wurde ich ins Europäische Parlament gewählt und übernahm dort das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin der FDP. Ich bin Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales, stellvertretend im Innenausschuss und dem Ausschuss für Kultur und Bildung. Als Mitglied der Kroatien-Delegation begleite ich den Beitrittsprozess des Landes. Im Amt der Vizepräsidentin der fraktionsübergreifenden Tierschutzgruppe kämpfe ich gegen den illegalen Welpenhandel. Als Gründungsmitglied des Dahrendorfkreises setze ich mich für die thematische Verbreiterung der FDP ein.

**» Freiheit und Verantwortung: Der Mensch hat sein Gehirn zum Entwickeln von Lösungen, nicht zum kritiklosen Befolgen von Weisungen. «**

### Vom Binnenmarkt zum gemeinsamen Arbeitsmarkt

Mit der EU-2020-Strategie haben sich alle europäischen Akteure ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Ein Motor ist der europäische Binnenmarkt, der nunmehr in den meisten Bereichen Realität ist. Diesem ist aber noch kein europäischer Arbeitsmarkt gefolgt. Nur vier Prozent der Arbeitnehmer gehen einer Arbeit in einem anderen EU-

Land nach. Daher ist der mobile europäische Arbeitsmarkt, der Menschen in die Lage versetzt, eine ihren Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechende Arbeit zu finden, ein wichtiges Ziel. Doch die Mitgliedstaaten sind zu zögerlich, wenn es um die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Qualifikationen geht und auch die Erbringung von Dienstleistungen ist nicht ohne weiteres überall möglich. Probleme bei der Übertragung von Leistungsansprüchen bilden weitere Hürden für mehr Mobilität.

### Fachkräftemangel bekämpfen, Migration und Potentiale fördern

Kennzeichnend für die EU ist die Überalterung ihrer Bevölkerung, die sich konkret in einem Mangel an Fachkräften bemerkbar macht. Die Aktivierung bisher auf dem Arbeitsmarkt vernachlässigter Gruppen, wie Frauen, Menschen mit Behinderung oder Migranten muss bei den Mitgliedsstaaten Priorität haben. Zudem erleben gerade Jugendliche große Schwierigkeiten beim Übergang vom Bildungs- ins Ar-

beitsleben. Mehr als ein Viertel sind EU-weit von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommt eine Schulabbrecherquote, die knapp über 14 Prozent liegt. Es gilt also, Bildungsangebote besser mit der Arbeitswelt zu verzahnen. Deutschland, mit seinem dualen Ausbildungssystem, geht hier mit gutem Beispiel voran. Für Schulabbrecher und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Jugendliche habe ich ein EU-Pilotprojekt initiiert, das ihnen einen zweiten Bildungsweg eröffnen soll.



Die EU wird in Zukunft auf den Zuzug (hoch-) qualifizierter Fachkräfte setzen müssen. Derzeit sind nur fünf Prozent der Drittstaatenangehörigen in der EU Fachkräfte. In Deutschland sind es zehn Prozent, in den USA 55 Prozent. Eine systematische, legale Zuwanderung in Form eines Punktesystems ist dringender denn je. Die EU muss als Standort für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver werden und ihnen und ihren Familien langfristige Perspektiven bieten. Mit Richtlinien zur 'Blue Card' und der 'konzerninternen Entsendung' für internationale Unternehmen haben wir den ersten Stein gelegt.

### Schengen verteidigen, Flüchtlinge integrieren

Die EU wird oft als Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts bezeichnet. Sie ist damit ein Raum der Chancen, aber auch der Verant-

wortung – für Menschen innerhalb der EU, aber auch von außerhalb. Als politisch und gesellschaftlich stabile Region ist die EU Zufluchtsort für Menschen, die bei uns Schutz und Asyl suchen. Die Gemeinschaft trägt Verantwortung dafür, diesen Menschen faire und effiziente Prüfverfahren zu gewährleisten und ein Mindestmaß an Rechten zuzusichern – denn Asyl ist ein Recht und keine Gnade. Um eine schnelle Integration zu ermöglichen und auch dem Vorurteil von der 'Sozialen Hängematte' entgegenzuwirken, ist ein sofortiger Arbeitsmarktzugang ohne Vorrangprüfung sinnvoll.

Versuche der Wiedereinführung von Grenzkontrollen, die sich nicht nur gegen Menschen von außerhalb der EU, sondern auch gegen die Freizügigkeit der eigenen Bevölkerung wenden, müssen mit aller Klarheit zurückgewiesen werden. Das 'Hin- und Herschieben' von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten ist menschenverachtend und entspricht nicht unseren europäischen Wertvorstellungen. Daher arbeiten wir intensiv an der Einführung eines gemeinsamen EU-Asylsystems bis 2012.

### Es ist Zeit für den digitalen Binnenmarkt

Die EU will führend im internationalen Wettbewerb sein. Doch gerade im Internet werden dem Handel von Produkten und Dienstleis-



tungen Steine in den Weg gelegt. Das hemmt Kreativität und Innovation und bremst das Wachstum. Der digitale Markt ist stark fragmentiert, technische Standards sowie Lizenzvergabesysteme sind höchst unterschiedlich. Die Frage, wie das geistige Eigentum im Internet geschützt und kreative Arbeit angemessen entlohnt werden kann, muss dringend geklärt werden, denn der digitale Binnenmarkt birgt Potential: Das schnelle Breitbandinternet soll den EU-Bürgern Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sichern. Die Kreativwirtschaft mit heute fünf Millionen Arbeitnehmern ist Wachstumsbranche. Unternehmen werden ihre Produkte EU-weit anbieten können, was den Wettbewerb belebt und Verbraucherpreise senken wird.

Da Entwicklungen im Internet rasant voranschreiten, wird es dem Gesetzgeber gar nicht möglich sein, alles im Detail zu regeln. Liberale Stoßrichtung muss deshalb sein, einen Rahmen zu definieren, innerhalb dessen Kreativität und Innovation sowie Rechtssicherheit ihren Platz haben.

### Der Bürger will Tier- und Verbraucherschutz

Ein oft belächeltes und damit in seiner Bedeutung für den Wirtschaftsstandort EU weit aus unterschätztes Thema ist der Tierschutz. Haltungsbedingungen und lange Tiertransporte erhöhen die Anfälligkeit der Tiere für Krankheiten und damit auch die Zugabe von Antibiotika. Hier muss Transparenz herrschen, um dem Verbraucher eine informierte Kaufentscheidung für gesunde Nahrungsmittel zu ermöglichen. Unterschiedliche Tierschutzstandards in der EU sorgen zudem für Wettbewerbsverzerrungen. Daher sind EU-weite Regelungen sinnvoll und helfen gerade deutschen Produzenten, die diese Standards bereits erfüllen. Tierschutz ist neben Verbraucherschutz also durchaus auch ein Wettbewerbsfaktor.

### ERREICHTE ZIELE

- Als Berichterstatterin habe ich die Notwendigkeit für mehr Flexibilität, Mobilität, Wettbewerb und Qualität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung aufgezeigt.
- Erfolgreich habe ich mich auf EU-Ebene für das 'Löschen statt Sperren' kinderpornographischer Inhalte im Internet eingesetzt.
- Ich habe die Mitgliedstaaten dazu angehalten, Kindern von Eltern ohne legalen Aufenthaltstitel den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.
- Das EU-weite Asylsystem habe ich in einer von mir organisierten, hochkarätigen Fachkonferenz thematisiert und einen Beschluss zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Liste sicherer Drittstaaten im Asylpaket eingeleitet.
- Um Schulabbrechern die Eingliederung in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und der Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen, habe ich ein mit vier Millionen Euro dotiertes EU-Pilotprojekt gestartet.



## Dr. Wolf Klinz

In meiner zweiten Legislaturperiode als hessischer Europaabgeordneter der FDP setze ich mich für die Stärkung des Mittelstands, dem Wirtschaftsmotor der EU, und eine 'Regulierung nach Augenmaß' ein, welche die Notwendigkeit des freien Kapitalmarktes mit den Prinzipien der Finanzmarktstabilität und des Anlegerschutzes in Einklang bringt. Als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) habe ich mit anderen Abgeordneten Vorschläge entwickelt, wie die Auswirkungen der Krise im Finanzwesen, in der Realwirtschaft und bei der Beschäftigung überwunden werden können und einer Wiederholung entgegenzuwirken ist.

» Die EU steht an einer kritischen Wegmarke: ohne eine schnelle Vertiefung des Integrationsprozesses droht die Gemeinschaft auseinanderzubrechen. «

### Erkenntnisse aus der Finanz- und Schuldenkrise

Als Reaktion auf die Krise nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers berief das Europäische Parlament am 7. Oktober 2009 den Sonderausschuss zur Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialkrise ein. Dieser sollte die Ursachen und Folgen der Krise prüfen und auswerten. Darüber hinaus erhielt der Ausschuss die Aufgabe, geeignete Maßnahmen für den langfristigen Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte zu erarbeiten.

Über die Dauer von knapp zwei Jahren wurden unter meinem Vorsitz zwei Berichte erstellt. Diese stützen sich auf eine Vielzahl von Anhörungen – unter anderem mit dem griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreu – sowie thematische Arbeitspapiere, externe Studien, Delegationsreisen und Workshops. In vielen hochrangigen Diskussionsrunden im In- und Ausland wurden die Erkenntnisse vorgestellt. Der Abschlussbericht macht dabei deutlich, dass die EU an einer kritischen Wegmarke steht: ohne eine schnelle Vertiefung des Integrationsprozesses

droht die Gemeinschaft auseinanderzubrechen. Stillstand bewahrt nicht den Status Quo, sondern bedeutet Rückschritt. Wird der Weg der vertieften Integration eingeschlagen, so muss in einer kritischen Diskussion geklärt werden, wie die Kompetenzen zwischen den jeweils geeigneten Stellen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu verteilen sind.

Entscheidend für den Erfolg eines solchen Prozesses ist, dass die Europäische Union nach außen mit einer Stimme spricht. Die bisherigen europäischen Reaktionen auf die Krise

machen die Grenzen zwischenstaatlicher Abmachungen deutlich. In Zukunft sollte die Gemeinschaftsmethode unter Mitarbeit des Europäischen Parlamentes zur Problemlösung angewandt werden.

Darüber hinaus hat der Ausschuss festgestellt, dass eine Reihe gemeinsamer europäischer Infrastrukturprojekte in den Bereichen Energie/Verbundnetze, Transport, IT und Forschung sowie Entwicklung notwendig sind, um die EU aus der Krise zu führen. Auch diese Projekte überschreiten die Möglichkeiten nationaler Umsetzung und erfordern grenzüberschreitende Lösungen.

Wir brauchen einen Binnenmarkt, der mit Vollendung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs ohne Beschränkungen den Namen auch verdient. Daneben werden ein gemeinsamer Arbeitsmarkt und eine gemeinsame Einwanderungspolitik entscheidende Grundlagen für Wirtschaftswachstum in der Eurozone sein.

### Ausschussarbeit zur Finanzmarktregulierung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) spielt – insbesondere vor dem Hintergrund der Banken- sowie Haushaltskrise der Mitgliedstaaten – eine wichtige Vordenkerrolle in der europäischen Politik und erarbeitet konkrete Gesetze zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Eine Auswahl meiner Projekte möchte ich Ihnen im Folgenden vorstellen:

Einheitlicher Privatkundenschutz von Bankeinlagen: Die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes der Einlagen von Kunden ist durch die Finanzkrise abermals deutlich geworden. Die Einlagensicherung stellt ein Sicherheitsnetz für den Anleger dar und baut einem möglichen Bankenrun vor. Die gegenwärtige Überarbeitung der Richtlinie zielt darauf ab, die Höhe der Sicherung in den Mitgliedstaaten auf 100.000 Euro zu vereinheit-

lichen, um vergleichbaren Schutz und Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Um dem Anleger in dieser Situation zu helfen, ist jedoch vor allem eine reibungslose Abwicklung der Auszahlungen wichtig. Hier habe ich mich vor allem für ein höheres Maß an Entscheidungsfreiheit bei der Mittelverwendung aus dem Sicherungsfond für Präventions- und Stützungsmaßnahmen eingesetzt.

Eigenkapital und Vergütung bei Banken: Bei der Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie habe ich ein pro-aktiveres Risikomanagement bei Banken durchgesetzt, welches das finanzielle Risiko eines Instituts bewertet und dem zur Verfügung stehenden Risikokapital gegenüberstellt. In dem endgültigen Kompromiss wird die Vergütungspolitik auf langfristige Erfolge und mehr Haftung der Entscheidungsträger hin neu ausgerichtet. Gleichzeitig verbleibt diese Aufgabe in den bereits vorhandenen Gremienstrukturen eines Instituts wie Aufsichtsrat und Hauptversammlung und wird nicht durch die Politik bestimmt.

Regulierung von Hedgefonds: Im Zuge der Finanzkrise wurde auf Aufforderung des Parlaments ein Gesetzestext zur Regulierung von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften verabschiedet, um die Transparenz und Stabilität in der Branche zu erhöhen und das Schattenbankensystem abzuschaffen. In diesem Zusammenhang konnte ich einen Vorschlag zur Erschwerung des sogenann-



ten asset strippings in akquirierten Unternehmen einbringen. Gleichzeitig habe ich durchgesetzt, dass die Märkte offen bleiben. So hat das Parlament Regeln gefunden, welche Beteiligungskapital gegenüber anderen Investoren nicht benachteiligen, was wichtig für den Kapitalzufluss nach Europa und die Nachfolgefrage des Mittelstands ist.

Regulierung von Ratingagenturen: Zwei Verordnungen für den bisher unregulierten Bereich der Ratingagenturen konnten die Ziele von mehr Transparenz, einer garantiert hohen Qualität, der Überwindung von Interessenkonflikten und besserem Investorenschutz gesetzlich verankern. In meinem Initiativbericht habe ich vorgeschlagen, Ratingagenturen für ihre Ratings verantwortlich zu machen, die Abhängigkeit von Ratings zu verringern, den blinden Verlass auf das Urteil der drei großen Agenturen abzuschaffen und statt dessen mehr eigene Prüfung der Produkte von Finanzakteuren durch institutionelle Anleger zu fordern. Eine große Mehrheit der Abgeordneten unterstützte meine Vorschläge und forderte die Kommission auf, die Etablierung einer unabhängigen Europäischen Bewertungsstiftung zur Stärkung des Wettbewerbs zu prüfen.

### Handel mit Entwicklungsländern gefördert

Durch Handelshemmnisse und Exportsubventionen der EU verlieren Entwicklungsländer häufig mehr, als ihnen durch aktive Entwicklungshilfe zugeführt wird. Im Rahmen meiner Mitgliedschaft als stellvertretendes Mitglied des Entwicklungsausschusses, habe ich mich daher unter anderem für den Abbau von protektionistischen Agrarmaßnahmen eingesetzt, die zu Lasten von Entwicklungsländern, europäischen Konsumenten und Steuerzahlern gehen und dem Prinzip des freien Marktes widersprechen.

### ERREICHTE ZIELE

- Maßnahmen zur **Bekämpfung der Krise**, konkrete Empfehlungen des Sonderausschusses CRIS | zum Nachlesen im Internet: <http://tinyurl.com/3sstth5w>
- Offenhaltung der Märkte für **Investitionen aus dem Ausland** in der EU bei gleichzeitiger stringenter Regulierung
- Erhöhter **Anlegerschutz** durch kurzes Informationsblatt bei Neuemissionen (Prospektrichtlinie)
- Mehr Transparenz des **Schattenbankensystems** durch die Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften bei Banken und der Regulierung von Hedgefonds
- Ausrichtung der **Vergütungsstrukturen** bei Banken an langfristigen Zielen
- Abbau von **protektionistischen Agrarmaßnahmen**, die Entwicklungsländer schädigen



## Silvana Koch-Mehrin

Als Spitzenkandidatin führte ich die FDP im Juni 2009 erneut in die Wahl zum Europäischen Parlament. Mit großem Erfolg: Statt sieben wie im Jahr 2004, zogen nun zwölf deutsche Liberale in die europäische Volksvertretung ein. Ich war Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Vorsitzende der FDP-Delegation und damit Mitglied im Präsidium sowie im Bundesvorstand der FDP. Im Industrieausschuss habe ich zwei Jahre an den Themen Internet, Medien und Telekommunikation gearbeitet. Heute und in Zukunft sind meine Arbeitsschwerpunkte der internationale Handel sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

» Ein Europa der Bürger gibt es nur, wenn wir die demokratischen Strukturen stärken. «

### Vizepräsidentin mit Zuständigkeit für nationale Parlamente

Als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments investierte ich viel Zeit in die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten. Durch den Lissabon-Vertrag haben sowohl das europäische Parlament als auch die Volksvertretungen der 27 EU-Mitgliedsländer mehr Mitspracherecht erhalten. Das Europäische Parlament ist nun gleichberechtigter Gesetzgeber, und die nationalen Parlamente

können Gesetzesinitiativen aus der EU-Zentrale überprüfen und stoppen. Es war sehr spannend daran mitzuwirken, das Europäische Parlament als eine Art Schaltzentrale zu installieren, und Verfahren zu entwickeln, durch die sich Interessen der Kollegen aus Paris, Warschau, Tallin und anderswo koordinieren lassen. Es ist ganz zentral, dass die Volksvertretungen in der Europäischen Union eng zusammenarbeiten. Ein Europa der Bürger gibt es nur, wenn wir die demokratischen Strukturen stärken.

### Repräsentantin des Europäischen Parlaments

Die Arbeit der Vizepräsidentin ist auch geprägt von repräsentativen Aufgaben. Dazu gehören öffentliche Auftritte, wie zum Beispiel eine Rede, die ich am Europa-Institut der Universität Zürich unter dem Titel 'Mehr Demokratie für ein Europa der Bürger' hielt. Als europäische Patriotin, so habe ich es formuliert, bin ich sehr stolz, dass wir in Europa fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs

die Demokratie, den Rechtsstaat und die Marktwirtschaft als unverrückbare Grundprinzipien bei uns etabliert haben und dies ohne jede Form von Aggression exportieren.

Die Laudatio auf die Gewinner des Civis-Medienpreises und auch der zweimalige Vorsitz der nationalen Jury des Jugendkarlspreises fallen ebenfalls in diese Kategorie.

### Industrie-, Forschungs- und Energiepolitik

Im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie war ich für meine Fraktion unter anderem Berichterstatterin für die Dossiers 'Internet der Dinge', 'e-commerce', 'Internet governance' sowie für die Wettbewerbs-



politik der Europäischen Union. Außerdem war ich Mitglied im Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments im Vermittlungsverfahren zum sogenannten 'Telekommunikationspaket'. Als vom Präsidium des Europäischen Parlaments benannte Verantwortliche für den Ausschuss zur Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen ('STOA – Science and Technology Options Assessment') setzte ich mich für die Nutzung von technologischen Innovationen in Europa ein. Hier setzte ich dieselben

Schwerpunkte wie in meiner Arbeit im Industrieausschuss: Etwa bei einer Konferenz mit Tim Berners-Lee, dem Erfinder des World Wide Web. Oder auch bei einem mehrjährigen Forschungsprojekt zum Themenbereich 'e-participation', wo die Möglichkeiten und Grenzen von politischer Teilhabe über das Internet untersucht werden.

### Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt

Für das Europäische Parlament hat die Gleichberechtigung und die Vielfalt der Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Das Präsidium hat deshalb die 'Hochrangige Arbeitsgruppe' geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, die Verwaltung des Europäischen Parlaments zum Vorbild in diesen Kategorien zu machen. Unter meinem Vorsitz hat die Arbeitsgruppe jährliche Aktionspläne entwickelt, im politischen und im administrativen Arbeitsumfeld das Problembewusstsein gestärkt. Nach und nach werden die Gebäude des Europäischen Parlaments behindertengerecht ausgestaltet. Elternzeit gibt es für homosexuelle genauso wie für heterosexuelle Paare. Und bei der Besetzung von hochrangigen Beamtenstellen habe ich mit der Arbeitsgruppe für einen ausgewogenen Anteil an Frauen gesorgt. Schon lange gibt es Quoten im Europäischen Parlament: parteipolitische und nationale. Neben diesen existierenden Quoten wird es möglicherweise auch bald Männer/Frauen-Quoten geben. Die Arbeitsgruppe wird nicht nur von den anderen EU-Institutionen als Schrittmacher in Sachen Gleichberechtigung gesehen.

### Europa als internationaler Handelspartner

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werde ich mich auf das Thema 'internationaler Handel' im entsprechenden Fachaus-

schuss des Europäischen Parlaments konzentrieren. Europa hat durch den Abbau der Handelshemmnisse zwischen den EU-Ländern eine Erfolgsgeschichte begonnen. Der gemeinsame Binnenmarkt ist die Grundlage für die politische Union und Basis für unseren Wohlstand. Nun geht es darum, mit den internationalen Partnern in Asien, Amerika und dem Rest der Welt Handelshemmnisse wie Zölle, unterschiedliche Standards oder Staatsbeihilfen in Angriff zu nehmen. Ziel ist ein florierender, offener Welthandel. Derzeit stehen wichtige bilaterale Freihandelsabkommen an. Auch die multilateralen Verhandlungen in der Welthandelsorganisation laufen weiter.

Ich bin Berichterstatterin meiner Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel für einen breiten Fächer von Themen: für das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, für das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA), für die Beitrittsgespräche von Russland zur Welthandelsorganisation, für die Modernisierung der europäischen Zollvorschriften, für die Überführung von bilateralen Investitionsabkommen auf die europäische Ebene und für die Umsetzung des Freihandelsabkommens EU-Korea. Dass Europa keine Festung wird, sondern dass durch freien Handel der Wohlstand für alle Beteiligten steigen kann, ist eine liberale Überzeugung.



### ERREICHTE ZIELE

- Als **Spitzenkandidatin die FDP** zum zweiten Mal nach 2004 ins Europäische Parlament zurückgeführt: Durch das historisch beste Ergebnis vergrößerte sich Delegation der FDP im EP von sieben auf zwölf Abgeordnete
- Als **Vizepräsidentin** Strukturen und Abläufe der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedsländer nach dem Lissabon Vertrag erarbeitet
- Mit der 'Hochrangigen Arbeitsgruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt' den Frauenanteil in der EP-Verwaltung stark erhöht und das EP behindertengerecht ausgestaltet
- Mit dem **Frauenetzwerk der EU-Institutionen** durchgesetzt, dass 30 Prozent der EU-Kommissare Frauen sind
- Im Vermittlungsverfahren zum sogenannten Telekommunikationspaket 'Internetsperren' verhindert

FÜR DEUTSCHLAND IN EUROPA

# FDP im Europäischen Parlament

## ALEXANDER ALVARO

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 242  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45328  
Fax +32 2 28-49328  
alexander.alvaro@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Alexander Alvaro  
Sternstraße 44  
DE-40479 Düsseldorf  
Telefon +49 211 49554881  
Fax +49 211 49554882  
europacenter@alexander-alvaro.de

[WWW.ALEXANDER-ALVARO.DE](http://WWW.ALEXANDER-ALVARO.DE)

## JORGO CHATZIMARKAKIS

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 202  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45149  
Fax +32 2 28-49149  
jorgo.chatzimarkakis@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

FDP-Landesgeschäftsstelle Saarland  
Europahaus  
Bahnhofstraße 38  
DE-66111 Saarbrücken  
Telefon +49 681 927290  
Fax +49 681 9272929  
wahlkreis@chatzi.de

[WWW.CHATZI.DE](http://WWW.CHATZI.DE)

## JÜRGEN CREUTZMANN

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 107  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45575  
Fax +32 2 28-49575  
jorgen.creutzmann@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Jürgen Creutzmann  
Von-Galen-Straße 7  
DE-67373 Dudenhofen  
Telefon +49 6232 93713  
Fax +49 6232 65020

[WWW.JUERGEN-CREUTZMANN.DE](http://WWW.JUERGEN-CREUTZMANN.DE)

## NADJA HIRSCH

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 158  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon: +32 2 28-45573  
Fax +32 2 28-49573  
nadj.hirsch@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Europabüro München  
Rindmarkt 6  
DE-80331 München  
Telefon +49 89 12600922  
Fax +49 89 12600930  
wahlkreis@europahirsch.eu

### Europabüro Nürnberg

Hallplatz 15-19  
DE-90402 Nürnberg

[WWW.EUROPAHIRSCH.EU](http://WWW.EUROPAHIRSCH.EU)

## DR. WOLF KLINZ

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 142  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45641  
Fax: +32 2 28-49641  
wolf.klinz@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Dr. Wolf Klinz MdEP  
Hohenlohestraße 6  
DE-65193 Wiesbaden

[WWW.WOLF-KLINZ.DE](http://WWW.WOLF-KLINZ.DE)

## SILVANA KOCH-MEHRIN

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 115  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45112  
Fax +32 2 28-49112  
silvana.koch-mehrin@europarl.europa.eu

[WWW.KOCH-MEHRIN.DE](http://WWW.KOCH-MEHRIN.DE)

## HOLGER KRAHMER

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 146  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45344  
Fax +32 2 28-49344  
holger.krahmer@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Krahmerladen  
Nonnenmühlgasse 1  
DE-04107 Leipzig  
Telefon +49 341 2535580  
Fax +49 341 2535581  
info@holger.krahmer.de

[WWW.HOLGER-KRAHMER.DE](http://WWW.HOLGER-KRAHMER.DE)

## ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 138  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon: +32 2 28-45118  
Fax +32 2 28-49118  
alexandergraf.lambsdorff@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Alexander Graf Lambsdorff  
Postfach 12 02 23  
DE-53044 Bonn  
Telefon +49 228 547140  
Fax +49 228 547113  
europacenter@fdp.de

[WWW.LAMBSDORFFDIREKT.DE](http://WWW.LAMBSDORFFDIREKT.DE)

## GESINE MEIßNER

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 116  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45578  
Fax +32 2 28-49578  
gesine.meissner@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Gesine Meißner  
Neustadtstraße 26  
DE-30974 Wennigsen  
Telefon +49 5103 706637  
Fax +49 5103 706651  
fdp-wk-hannover@web.de

[WWW.GESINE-MEISSNER.DE](http://WWW.GESINE-MEISSNER.DE)

## BRITTA REIMERS

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 103  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45577  
Fax +32 2 28-49577  
britta.reimers@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro Rostock

Wahlkreisbüro Britta Reimers  
Richard-Wagner-Straße 16  
DE-18055 Rostock  
wahlkreisbuero-rostock@t-online.de

### Wahlkreisbüro Kiel

Wahlkreisbüro Britta Reimers  
FDP-Landesgeschäftsstelle  
Schleswig-Holstein  
Eichhofstraße 27-29  
DE-24116 Kiel

[WWW.BRITTAREIMERS.EU](http://WWW.BRITTAREIMERS.EU)

## ALEXANDRA THEIN

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 254  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-47576  
Fax +32 2 28-49576  
alexandra.thein@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Europabüro Berlin  
Marburger Straße 2  
DE-10789 Berlin  
Telefon +49 30 20095262  
Fax +49 30 20095260  
alexandra.thein@europarl.europa.eu

[WWW.ALEXANDRA-THEIN.DE](http://WWW.ALEXANDRA-THEIN.DE)

## MICHAEL THEURER

### Europäisches Parlament

ASP 10 G 154  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 2 28-45572  
Fax +32 2 28-45572  
michael.theurer@europarl.europa.eu

### Wahlkreisbüro

Wahlkreisbüro Michael Theurer  
Postfach 1172  
DE-72151 Horb am Neckar  
Telefon +49 7451 6279818  
Fax +49 7451 6279820  
dialog@michaeltheurer.de

### Besucheradresse

Gutermannstraße 14  
DE-72160 Horb am Neckar

[WWW.MICHAELTHEURER.DE](http://WWW.MICHAELTHEURER.DE)



## Holger Krahmer

Europäische Umweltpolitik ist eine Erfolgsgeschichte: Die Qualität unserer Umgebungsluft und unserer Gewässer wurde in den letzten Jahren signifikant verbessert. Aber die Umweltpolitik unserer Zeit ist zu stark geprägt von Vorschriften und erhobenen Zeigefingern. Das Ergebnis sind oft politische Entscheidungen, bei denen es mehr um Glauben als um messbare Wirkung geht. Liberale Umweltpolitik gibt Ziele vor, überlässt die Suche nach dem Weg aber dem Wettbewerb. Diesem Prinzip folge ich bei meiner Arbeit in diesem Bereich, seit ich im Jahr 2004 zum ersten Mal ins Europäische Parlament gewählt wurde.

» In der Umweltpolitik geht es zu oft um Glaubensbekenntnisse, statt um vernünftige Lösungen. «

### Industrie-Emissionen: Gleiche Bedingungen im Wettbewerb

Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Richtlinie zu Industrieemissionen ist es mir gelungen, für Wettbewerbsgleichheit zwischen Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt zu sorgen, indem überall die gleichen Regeln gelten und durchgesetzt werden. Die Richtlinie zu Industrie-Emissionen hat zum Ziel, die Nutzung der besten verfügbaren Techniken in Betrieben, Industrie- und Großfeuerungsanlagen (Kraftwerke) durchzusetzen und dadurch

Umweltauswirkungen zu reduzieren. Die Möglichkeit vom Gebrauch dieser besten verfügbaren Techniken abzuweichen sind stark eingegrenzt worden. Die existierende Regelung wurde so entscheidend verbessert.

### Fluggesellschaften und Emissionshandel

Fluggesellschaften, auch die von Drittstaaten, werden ab 2012 in den Emissionshandel einbezogen. Demnach müssen die Airlines für das Kohlendioxid, das sie ausstoßen, Emis-

sionsrechte vorweisen. Fluggesellschaften und Regierungen von Drittstaaten weigern sich jedoch am teuren Handel mit Zertifikaten teilzunehmen und klagen dagegen oder drohen mit Gegenmaßnahmen. Als erster Europaabgeordneter habe ich ein Moratorium für den im Jahr 2012 in Kraft tretenden Emissionshandel für Fluggesellschaften gefordert und damit die Debatte über dieses heikle Thema entfacht. Der Schaden, der durch dieses undurchsetzbare Gesetz entstehen kann, muss abgewendet werden. Die EU ist mit dem Versuch gescheitert, der Welt ihre Idee von Klimaregulierung aufzuzwingen und darf

jetzt nicht auch noch einen Handelskrieg im Namen des Klimaschutzes anzetteln – den kann niemand gewinnen.

### Klimapolitik: einseitige Verschärfung abgewendet

Die EU hat sich folgende Klimaziele gesetzt: Bis 2020 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 Prozent gesenkt werden, 20 Prozent der Energie soll aus erneuerbaren Energien kommen. Die weitergehende Forderung nach einer einseitigen Verschärfung auf 30 Prozent Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hat die FDP verhindert. Nur noch für den Fall, dass ein internationales Abkommen zum Klimaschutz erreicht wird, sind 30 Prozent Verminderung vorgesehen. Nach den gescheiterten Verhandlungen über neue Abkommen in Kopenhagen und Cancún ist jedoch absehbar, dass ein Kyoto-Folgeabkommen mit verbindlichen Emissionsminderungszielen nicht erreichbar ist. Schwellenländer sind nicht daran interessiert. Die EU-Kommission und einige Mitglieder des Europaparlaments versuchen aber immer noch, die Klimaziele einseitig anzuheben. Mit diesen einseitigen Zielen muss Schluss sein, denn sie tragen nichts zum Klimaschutz bei, sondern verursachen Kosten zu Lasten der Europäischen Wirtschaft. Die EU darf sich nicht noch mehr isolieren, als sie es ohnehin schon ist.

### Arzneimittel sicherer gemacht

In Europa gibt es künftig Sicherheitsmerkmale auf jedem verschreibungspflichtigen Medikament. Das Fälschen dieser Medikamente soll unter anderem auf diese Weise erschwert werden. Da gefälschte Produkte oft über das Internet vertrieben werden, werden außerdem vertrauenswürdige Online-Anbieter für den Verbraucher leichter erkennbar gemacht,

zum Beispiel über ein Gütesiegel. Für den Fall, dass ein Verbraucher ein gefälschtes Medikament erkennt, wird die Möglichkeit der Rückholung geschaffen, ohne dabei den Schutz



der Daten des Patienten zu verletzen. An dieser Richtlinie habe ich als Berichterstatter der Fraktion gearbeitet. Es ist gelungen, wirksamen und effektiven Schutz für Patienten ohne bürokratische Belastungen für Hersteller und Großhändler zu erzielen.

### Lebensmittelampel verhindert

Über die Frage, welche Informationen künftig auf Lebensmittelverpackungen aufgedruckt werden sollen, wurde monatelang erbittert gestritten. Die Vorschläge reichten von der Lebensmittelampel, die den Konsument vor vermeintlich ‚schlechten‘ Produkten warnen soll, bis hin zu ausführlichen Ursprungskennzeichnungen, die zum Beispiel Geburts-, Aufzucht- und Schlachtungsort von Tieren angeben sollen – und davon möglichst viel Information auf der Vorderseite der Verpackung. Leider haben einige meiner Kollegen im Europäischen Parlament vergessen, was sinnvolle Information bedeutet und wo die Entmündigung des Verbrauchers anfängt und was technisch sinnvoll und machbar ist. Ich habe den Eindruck bekommen, dass viele Verbraucherschützer dem Verbraucher nicht einmal zutrauen, eine Packung umdrehen zu

können. Herausgekommen ist eine liberale Gesetzgebung, in der Verbraucher informiert und nicht gelenkt werden – ohne Ampel und übertriebene Kennzeichnungspflichten.



### Sächsische Ausstellung zur Produktpiraterie in Brüssel

Um das Bewusstsein für das sensible Thema Produktpiraterie auf EU-Ebene zu erhöhen habe ich am 26. Oktober 2010 im Europäischen Parlament in Brüssel gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsminister der Justiz und für Europa Dr. Jürgen Martens die sächsische Wander-Ausstellung 'Echt gefälscht' eröffnet. Die Ausstellung ist eine Woche im Europaparlament zu sehen gewesen und hat viele Besucher angezogen und hat die Debatte um Produktpiraterie weiter befördert.

Durch Fälschungen mit Textilien erleidet die sächsische Textilindustrie jährlich Umsatzverluste von bis zu fünf Millionen Euro, was allein in Sachsen in den letzten zehn Jahren 1.200 Arbeitsplätze gekostet hat. Auf Bundesebene ist die deutsche Wirtschaft sogar mit Verlusten bis zu 50 Milliarden Euro betroffen, was jährlich 100.000 Arbeitsplätze zerstört. An Praxisbeispielen, wie Schuhen und T-Shirts, konnten die Ausstellungsbesucher eigenhändig untersuchen, ob es sich um gefälschte oder echte Produkte handelt. Nicht immer war eine Fälschung auf den ersten Blick erkennbar.

### ERREICHTE ZIELE

- **Industrie-Emissionen:** Ich habe als Berichterstatter des Europäischen Parlaments den Schutz der Umwelt und die Wettbewerbsgleichheit auf dem europäischen Binnenmarkt gestärkt.
- **Leichte Nutzfahrzeuge:** Als liberaler Berichterstatter habe ich ambitionierte Abgasgrenzwerte und wirtschaftliche Machbarkeit ausbalanciert: die ursprünglich von der EU-Kommission geforderten Grenzwerte von 135 Gramm CO<sub>2</sub>/km konnten auf 147 Gramm CO<sub>2</sub>/km angehoben werden.
- **Richtlinie gegen Arzneimittelfälschungen:** Durch den Einsatz moderner Sicherheitsmerkmale und effektiven Kontrollen werden EU-Bürger künftig besser vor Arzneimittelfälschungen geschützt.
- **Lebensmittelkennzeichnung:** Die Ampel und nicht realisierbare Pflichten zur Lebensmittelkennzeichnung verhindert.
- **Forderung nach einseitiger Verschärfung der EU-Klimaziele abgewendet:** Die FDP hat eine entsprechende Resolution im Europäischen Parlament verhindert.



## Alexander Graf Lambsdorff

Als gelernter Diplomat engagiere ich mich im Europaparlament vorrangig bei außenpolitischen Themen, sei es im Auswärtigen Ausschuss oder als Leiter der UNO-Arbeitsgruppe. Seit Jahren setze ich mich für Demokratieförderung ein, besonders als EU-Chefwahlbeobachter in Afrika und Asien. Als Vize-Vorsitzender der ALDE bin ich eng in die Arbeit der Fraktionsspitze eingebunden – das hat sich bei der Verabschiedung des neuen Euro-Stabilitätspaktes als besonders wichtig erwiesen. Als Präsident des Europäischen Liberalen Forums bin ich aktiv, wenn es darum geht, liberale Stiftungen europaweit zu stärken und zu vernetzen.

» Nur mit einer Außenpolitik aus einem Guss kann Europa seine Position in der Welt verteidigen.«

### Meine Arbeit in der Fraktion

Seit der Wahl 2009 bin ich erster stellvertretender Vorsitzender der Fraktion 'Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa' (ALDE) mit vielfältigen Aufgaben: Ich leite die Koordinatorensitzung, das Gremium, in dem die Fraktionssprecher unsere gemeinsame Position bei ausschussübergreifenden Themen erarbeiten. Auch die Leitung von Fraktions- und Arbeitsgruppensitzungen gehört dazu sowie politische Gespräche mit den Vertretern von EU-Regierungen, Kommissaren oder Staatsgästen. Die ALDE ist als drittstärkste Fraktion

im Parlament oft der 'Königsmacher' bei wichtigen politischen Entscheidungen. Im Augenblick gehören der Fraktion 85 Abgeordnete aus 20 Ländern an. Die FDP stellt mit 12 Abgeordneten zusammen mit den britischen Liberalen die stärkste Delegation.

### Meine Ausschussarbeit

Als außenpolitischer Sprecher der FDP im EP und Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) setze ich mich besonders für die eine effektivere gemeinsame

Außen- und Sicherheitsspolitik (GASP) ein. Die GASP und auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurde mit dem Vertrag von Lissabon deutlich aufgewertet. Die Schaffung des Amtes der Hohen Vertreterin, die gleichzeitig auch Vizepräsidentin der Kommission und Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten ist, sowie des ihr unterstellten Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), waren sinnvolle Maßnahmen. Dadurch steigt die Chance auf eine europäische Außenpolitik aus einem Guss. Gleichzeitig hat der Lissabon-Vertrag das Demokratiedefizit der bisherigen GASP

weitgehend beseitigt. Das Europäische Parlament mit seinem Ausschuss für Außenpolitik (AFET) gewährleistet eine starke parlamentarische Kontrolle.

Die Außenpolitik der EU wird jedoch trotz des Vertrags von Lissabon vorwiegend in den Hauptstädten entschieden. Doch eine Einigung ist oft schwierig, wie die Libyen-Abstimmung im UN-Sicherheitsrat, der Antrag Palästinas auf Anerkennung als Staat und die Verurteilung von Julia Timoschenko in der Ukraine gerade wieder gezeigt haben. All das zeigt, dass eine stärker vergemeinschaftete GASP von tragender Bedeutung wäre, denn nur auf diese Weise kann Europa im 21. Jahrhundert noch eine wichtige Rolle in der Außenpolitik spielen. Nur durch gemeinsame Entscheidungsfindung wird Europa in Zukunft besser auf historische Ereignisse wie den Umbruch in Nordafrika und dem Nahen Osten reagieren können.

Vor diesem Hintergrund wurde auf europäischer Ebene die Diskussion über die weltweite Förderung demokratischer Strukturen in der europäischen Außenpolitik neu entfacht. Zu lange hat Europa, haben alle unsere



Mitgliedstaaten so getan, als ob die Lage in Nordafrika stabil sei – dabei brodelte es unter der Oberfläche schon gewaltig. Oft wussten demokratische Aktivisten nicht, von wem sie Unterstützung bekommen konnten, trotz der guten Arbeit unserer politischen Stiftungen.

Mir geht es darum, die Grundlagen der Demokratieförderung und die dafür bereitgestellten Instrumente konkreter zu definieren. Auch gilt mein Engagement der Einrichtung



eines Europäischen Fonds für Demokratie, durch den die EU in die Lage versetzt wird, politische und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für den demokratischen Wandel ihrer Gesellschaften einsetzen, schnell und effektiv zu unterstützen.

Ein wichtiges Element der Demokratieförderung sind Wahlbeobachtungen. Mit der Wahlbeobachtung setzt sich das Europäische Parlament für die Entwicklung und Festigung der Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte ein. Als Mitglied der 'Election Coordination Group' wirke ich an der Festlegung der Grundsätze und Prioritäten für Wahlbeobachtungen mit. Als Leiter der EU-Wahlbeobachtungsmission in Guinea 2010 habe ich persönlich die ersten wichtigen Schritte hin zu einer demokratischen Entwicklung in einem bislang autoritär regierten Land begleiten können.

Als Vorsitzender der parlamentarischen Arbeitsgruppe für die Beziehungen der EU zu den Vereinten Nationen (UNO) engagiere ich

mich für eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen der EU und den Vereinten Nationen. Als UNO-Berichtersteller bin ich zusätzlich für die jährliche Verabschiedung einer Empfehlung an den Rat verantwortlich, in der die für das Parlament vorrangigen Aufgaben, wie die Reform der UNO, die Erreichung wichtiger entwicklungspolitischer Ziele und die das weltweiten Krisenmanagements thematisiert werden.

Die Beziehungen zur Türkei haben für mich als Berichterstatter der liberalen Fraktion für das Land ebenfalls große Bedeutung. Am 3. Oktober 2005 hat die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Eine der Aufgaben des Berichterstatters ist es, den Fortschritt dieser Verhandlungen zu beurteilen und die Türkei regelmäßig an ihre Verpflichtungen auf dem Weg zu Reformen und mehr Demokratisierung zu erinnern und den Prozess durch politischen Dialog kritisch-konstruktiv zu begleiten.

### Meine Arbeit für die liberale Sache

Seit vielen Jahren engagiere ich mich in der ELDR, der europäischen liberalen Partei. Seit 2008 bin ich als Mitgründer auch gewählter Präsident von ELF, dem Europäischen Liberalen Forum. ELF ist die politische Stiftung der ELDR, der Dachverband liberaler Stiftungen in Europa, in dem die Friedrich-Naumann-Stiftung eines der größten und wichtigsten Mitglieder ist. ELF veranstaltet Seminare, Trainings- und Tagesveranstaltungen und unterstützt die Veröffentlichung von liberalen Publikationen.

Jedes Jahr treffen sich am Rande des ELDR-Kongresses Vertreter der ELF-Mitgliedsorganisationen zu einem eintägigen thematischen Workshop, aber auch um voneinander zu lernen und liberale Kontakte über Ländergrenzen hinweg zu knüpfen.

### ERREICHTE ZIELE

- Erfolgreich verabschiedet: der neue **Euro-Stabilitätspakt** mit wirksamen Maßnahmen und echten Sanktionen für Defizitsünder
- Durchgesetzt und gestärkt: **Transparente Führung des Europäischen Auswärtigen Dienstes**, zivile Konfliktprävention, einheitliches Krisenmanagement
- Konstruktiv kritisiert: **Mahnungen an die Türkei** in Sachen Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch regelmäßige Kontakte mit türkischen Regierungsvertretern, Parlamentariern und Journalisten
- Eingeführt und verankert: die jährliche Empfehlung des EP für die **UNO-Generalversammlung**, vor allem zu Demokratieförderung, UNO-Reform und Schutzverantwortung für Zivilisten
- Praktisch unterstützt: ein ALDE-Fraktionsreferent ist ständig in Kairo und hilft liberalen Kräften beim **Übergang zur Demokratie** in den Ländern Nordafrikas
- Stark vor Ort: Fraktionsvorstand nach **Bonn** geholt, mit René Obermann, Matthias Kurth und Neelie Kroes die Zukunft der Kommunikation ins Auge gefasst



## Gesine Meißner

In Brüssel aktiv und gleichzeitig stark vor Ort: Das ist das Motto für meine Arbeit als Europaabgeordnete für Niedersachsen, Hamburg und Bremen. Als Obfrau der ALDE im Ausschuss für Transport und Tourismus habe ich eine gute Position, um mich zum Beispiel für die Wirtschafts- und Erholungsressource Meer stark zu machen. Vor allem für Menschenrechte kämpfe ich als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, im Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie in den Delegationen EU-Mexiko/Lateinamerika und EU-Ukraine/Osteuropa. Mein Engagement gilt auch den Bereichen Landwirtschaftspolitik und Kirchen.

» Aufmerksamkeit auf das wichtige Zukunftsthema 'maritime Wirtschaft' lenken. «

### Alles Meer

Im Verkehrsausschuss, auf den der Hauptteil meiner Arbeit fällt, gab ich Anfang 2010 als Berichterstatterin zur Integrierten Meerespolitik (IMP) mein 'Debüt'. Die IMP wurde vor fünf Jahren von der Europäischen Kommission 'erfunden'. Ziel ist es, alle Bereiche, die mit dem Wasser zu tun haben – zum Beispiel Schiffsverkehr, Schiffsbau, Hafenwirtschaft, Fischerei, Offshore-Anlagen, Küstenschutz, Tourismus, Meeresforschung, Ökologie des Meeres, Meeresbergbau, Küstenwache, Kli-

maschutz – in einem abgestimmten Rahmen weiter zu entwickeln. Damit sollen Konflikte vermieden, mehr Effizienz erreicht und die Ressource Meer schonender behandelt werden, um sie im Interesse aller Beteiligten langfristig zu erhalten. Meeresforschung und maritimer Wirtschaft mit allen nachgelagerten Gebieten wird großes Wachstumspotential bescheinigt.

Mein Bericht wurde vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen. Konsens fand unter anderem, dass mit einer europäischen Schiffbaustrategie das vorhandene Know-

how erfolgreich für eine Vorreiterfunktion und Arbeitsplatzsicherung im 'green shipping' genutzt werden soll. Für den Bericht gab es auch in der Europäischen Kommission und bei Verbänden positive Reaktionen. Auf internationalen Kongressen hatte ich als Repräsentantin des Europaparlaments mehrfach Gelegenheit, Aufmerksamkeit auf das wichtige Zukunftsthema 'maritime Wirtschaft' und Rohstoffgewinnung aus dem Meer zu lenken. Als legislativer Folgebericht wird derzeit die Finanzierung erforderlicher Maßnahmen zur IMP beraten.

### Körperscanner

Im Luftverkehr stellt sich besonders häufig die Frage nach der richtigen Balance zwischen Sicherheit und Grundrechtsschutz. Nirgends wird das deutlicher als in der Diskussion über den Einsatz von Körperscannern. Die Europäische Kommission hat vor, demnächst Körperscanner in die Liste der erlaubten Mittel zur Sicherheitskontrolle an europäischen Flughäfen aufzunehmen. Mitgliedsstaaten haben dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie diese einsetzen wollen oder nicht.

Die Kriterien, die sie erfüllen müssen – gesundheitlich unbedenklich, Wahrung von Datenschutz, Menschenwürde und Freiwilligkeit – habe ich federführend für die ALDE maßgeblich mitbestimmt. Wir hatten uns im Juli bei der Abstimmung über den Bericht zur Sicherheit an Flughäfen klar gegen Körperbilder und für schematische Abbildungen ausge-



sprochen. Trotzdem hat die Europäische Kommission in einer Verwaltungsentscheidung die Nutzung von 'Nacktscannern' erlaubt, bei denen Körperabbildungen vom Kontrollpersonal begutachtet werden. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass bisher nur ein Hersteller Geräte mit Piktogrammdarstellung anbietet und eine daraus resultierende Monopolstellung nicht gewünscht sei. Dabei bestimmt die Nachfrage das Angebot. Die Forderung nach Piktogramm-Scannern wird weitere Hersteller anspornen, diese ebenfalls

zu produzieren und der Wettbewerb wäre bis zur möglichen europaweiten Einführung der Geräte gewährleistet.

Die von mir für die liberale Fraktion im Europaparlament initiierte Überprüfung dieser Entscheidung wurde Ende August vom Verkehrsausschuss mit Hilfe der Mehrheit der beiden großen Fraktionen abgelehnt. Damit widersprachen diese nicht nur sich selbst, sondern nehmen eine Verletzung der Privatsphäre der Passagiere bewusst in Kauf.

### Frauen in der Türkei

Die Perspektiven in der Gender-Politik der EU und der Türkei bis 2020 beleuchtete eine Konferenz, die ich gemeinsam mit meiner ALDE-Kollegin Diana Wallis organisiert habe. Auf der Veranstaltung wiesen Vertreter von türkischen Menschenrechtsorganisationen wie



KAGIDER und der Europäischen Kommission darauf hin, dass zwar im Bereich der Gender-Politik Fortschritte erzielt worden sind, Frauen aber insbesondere im Arbeitsleben weiterhin stark benachteiligt sind – nicht zuletzt auf Grund des oftmals geringen Bildungsstandes. Verschärft wird das Problem durch Fälle von Zwangsheirat, die Mädchen bereits in jungen Jahren in eine weitgehende Isolation führt. Besonders besorgniserregend sind jedoch die noch immer häufigen Ehrenmorde an Mädchen und Frauen.

Im Laufe der Veranstaltung wurde deutlich, dass die Beitrittsbemühungen in der Türkei bereits viele Veränderungen bewirkt haben. Es besteht aber weiterhin Handlungsbedarf. Die Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung konnte ich jüngst verwenden als Berichterstatterin der Fraktion im Frauenausschuss für den Bericht 'Frauen in der Türkei'. Daneben schreibe ich eine monatliche Kolumne in einer überregionalen türkischen Zeitung in Deutschland, um auch nicht-deutschsprachige türkische Leserinnen und Leser regelmäßig über Europapolitik zu informieren.

### Europa vor Ort

Um auf die europäische Dimension des Jade-Weser-Ports in Niedersachsen aufmerksam zu machen, hielt ich dort eine Konferenz ab. Inhalt war dessen künftiger Beitrag zum nord-europäischen Hafennetz und zur Entwicklung einer nachhaltigen maritimen Wirtschaft mit effizienter Hinterlandanbindung. Der Jade-Weser-Port ist neben dem Nationalpark Wattenmeer und dem Hamburger Hafen auch Programmpunkt einer Reise des Verkehrsausschusses, die ich für April 2012 organisiere.

Stark vor Ort kann man nur durch persönliche Präsenz sein. Ich nehme möglichst viele Termine im Wahlkreis wahr, die meine Büros in Wennigsen, Hannover und Hamburg koordinieren. Um darüber hinaus Einblick in meine Arbeit in Brüssel und Straßburg zu geben, lade ich mehrmals im Jahr zu Informationsreisen in die beiden Orte des Europäischen Parlaments ein. Ich freue mich, dass sich immer mehr Interessierte melden und diese Gelegenheit zum 'persönlichen Kontakt mit der EU' wahrnehmen.

Für schriftliche Informationen sorgt mein Newsletter, der regelmäßig erscheint und über aktuelle und zukünftige Vorhaben meiner Arbeit im Europaparlament informiert.

### ERREICHTE ZIELE

- Seit Januar 2010 **Obfrau im Verkehrsausschuss** und damit Sichtbarkeit der deutschen und norddeutschen liberalen Verkehrspolitik auf europäischer Ebene
- Wahl zur **Vizepräsidentin des Rail Forum Europe**, in dem Politik und Industrie an neuen Entwicklungen im Eisenbahnsektor arbeiten
- Gemeinsam mit vier weiteren MdEP anderer Fraktionen eine Debatte zu den **politischen Strafgefangenenlagern 'Laogai'** in China initiiert, um ein Importverbot dort unter Zwangsarbeit hergestellter Produkte zu erreichen
- Berichterstatterin und Expertin des Europaparlaments auf internationalen Kongressen im Politikbereich **Integrierte Meerespolitik**
- Knappe Parlamentsmehrheit für pragmatische Regelungen in der Richtlinie zur **Einheitlichen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung** für Drittstaatsangehörige erkämpft. Zum einen wird eine Besserstellung gegenüber EU-Bürgern ausgeschlossen, zum anderen eine legale Zuwanderung vereinfacht. Nach zehn Jahren Debatte ist der Weg für eine Einigung mit dem Rat frei



## Britta Reimers

Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 steht im Mittelpunkt meiner Arbeit als Vollmitglied im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments. Als ausgebildete Landwirtin weiß ich, wovon ich spreche, wenn es in Brüssel um Milch oder um Umweltschutzaufgaben für Landwirte geht. Durch den direkten Kontakt mit den Menschen im ländlichen Raum erfahre ich hautnah die Reaktionen, wenn zum Beispiel die Beihilfen für Landwirte oder das Thema gentechnisch veränderte Organismen diskutiert werden. Ich setze mich für mehr unternehmerische Freiheit, Selbstverantwortung und Bürokratievermeidung ein.

» Als ausgebildete Landwirtin weiß ich, wovon ich spreche, wenn es in Brüssel um Milch oder Umweltschutzaufgaben für Landwirte geht. «

### Die Zukunft der Agrarpolitik in Europa

Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die Bürger zu angemessenen Preisen und die Sicherung eines gleichwertigen Lebensstandards für die Landwirte und deren Familien – das sind die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa.

Die Ausgestaltung dieser Politik wird die große Herausforderung bei der GAP für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Ich setze mich für eine marktorientierte und unternehmerische Landwirtschaft ein. Dazu gehört unter anderem die Gleichbehandlung aller land-

wirtschaftlichen Betriebsformen. Zum Beispiel lehne ich eine Kappung der Direktzahlungen ab, da dies eine Ungleichbehandlung von landwirtschaftlichen Unternehmen zur Folge hat. Schließlich leisten sie die gleichen öffentlichen Güter pro Hektar wie alle anderen auch.

Ich war Berichterstatterin des Europäischen Parlamentes bei der Anpassung der Verordnung 'Freiwillige Modulation von Direktzahlungen' an die neuen Regeln des Lissabon Vertrages. Das Dossier wurde im Juni 2011 abgeschlossen. Damit ist mein Bericht als erster Angleichungsbericht im Agrarausschuss mit der ersten Lesung abgeschlossen worden. Ein

großes Anliegen ist mir zudem die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Landwirtschaft. Dazu zählt auch das Thema der gentechnisch veränderten Organismen. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass ein praktikabler Schwellenwert für Futtermittel bei Importen eingeführt wird. Eine entsprechende Regelung wurde im Jahr 2011 verabschiedet.

Ein weiteres Thema mit dem ich mich beschäftige, ist die europäische Milchpolitik nach dem Auslaufen der Milchquoten im Jahr 2015. Mit mehreren Regelungen, dem sogenannten 'Milchpaket', soll neben dem Ausstieg aus der Mengensteuerung, die Position der Milchpro-

duzenten in der Lebensmittelkette verbessert werden. Als Berichterstatterin der Liberalen für das 'Milchpaket' setzte ich mich für Verträge zwischen den Milchproduzenten und den Verarbeitern ein, die auf freiwilliger Basis beruhen. Eine Verpflichtung würde zu einer Einschränkung der unternehmerischen Freiheit des Landwirtes führen. Weiterhin ist Transparenz im Milchsektor, wie auch in allen anderen Wirtschaftssektoren wichtig. Doch muss diese gleichgewichtig auf allen Wirtschaftsseiten sein, um den Wettbewerb nicht zu stören.

### Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

Seit September 2011 bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Ich bearbeite dort die Themen, die einen landwirtschaftlichen Bezug haben. Dazu gehören die Berichte zu gentechnisch veränderten Organismen, des Umweltbereiches, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die antimikrobielle Resistenz, welche sowohl im Human- als auch im Tierbereich eine große Rolle spielt, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

### Europäische Fischereipolitik

Die Europäische Fischereipolitik leidet an einem Zwiespalt: der Bestandsschutz der natürlichen Ressource Fisch steht scheinbar im Widerspruch zu den Bedürfnissen und dem Schutz der Fischer. Die Wirtschaftlichkeit der europäischen Flotten, die Wahrung der Fischbestände und die Bereitstellung hochwertiger Lebensmittel für die Verbraucher sind unsere Ziele. Der EU-Markt für Fischerei ist der größte der Welt und zunehmend von Importen aus Drittstaaten abhängig. Ich habe mich daher im Fischereiausschuss für den dynamischen Ausbau der europäischen



Aquakultur eingesetzt. In meinen Anträgen habe ich zügige Rechtsanpassungen und ausreichende Kontrolle von Importen gefordert. Die Bekämpfung der illegalen Fischerei ist mir ein weiteres wichtiges Anliegen. Im Ausschuss beantragte ich, die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Fischerei zu intensivieren. Ich forderte die Kommission ferner auf, die Straftäter öffentlich zu machen und zu bestrafen, um die Glaubwürdigkeit der EU zu wahren. Zu einer effizienten und vorausschauenden Politik gehört die ausreichende finanzielle Basis. In meiner Stellungnahme zum Fischereihaushalt für 2012 forderte ich daher, dass trotz der Sparbemühungen zumindest die finanziellen Mittel des Vorjahres für die Fischereipolitik zur Verfügung stehen.

### Sonderausschuss für die politischen Herausforderungen des EU-Haushalts nach 2014 (SURE)

In der gut einjährigen Arbeit dieses Ausschusses haben wir die politischen Prioritäten des Parlaments für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) in legislativer und haushaltstechnischer Hinsicht beschlossen. Wir erstellten eine Schätzung der finanziellen Mittel, die die Europäische Union benötigt, um ab 2014 ihre Zielsetzungen zu verwirklichen. Ich habe beantragt, dass im Rahmen der Strukturfonds die Festlegung der Laufzeit des zukünftigen MFR durch ein ausreichend großes Zeitfenster

für die Umsetzung der EU-Programme durch die nationalen Behörden offen bleibt, während für andere Mittel eine kürzere Laufzeit für die notwendige Flexibilität sorgt.

### Engagement für Menschen im ländlichen Raum

Mein Wahlkreis ist das nördlichste Bundesland Deutschlands, Schleswig-Holstein, und ich betreue auch Mecklenburg-Vorpommern. In meinem Wahlkreis gilt mein besonderes Engagement den Menschen und Unternehmen im ländlichen Raum. Mir kommt es darauf an, den Menschen EU-Politik näher zu bringen und – vor allem bei jungen Menschen – Interesse für die Politikbereiche zu wecken, die konkrete Auswirkungen auf den zukünftigen Alltag haben. Den direkten Kontakt suche ich bei Veranstaltungen, durch Schulbesuche und Betriebsbesichtigungen. Hier stehen oft die besonderen Probleme und Herausforderungen für den ländlichen Raum im Mittelpunkt, wie zum Beispiel die EU-Agrarpolitik, der demographische Wandel und dessen Auswirkungen auf die Region. Hierzu informiere ich die Menschen über Lösungsansätze und Umsetzungsstrategien auf EU-Ebene.

Die Meinung der Menschen in meinem Wahlkreis ist mir sehr wichtig. Anregungen, Lob und Kritik nehme ich als Impuls für meine Arbeit mit nach Brüssel.



### ERREICHTE ZIELE

- Einführung eines technischen Schwellenwertes von gentechnisch veränderten Organismen in Futtermitteln bei Importen
- Unter meiner Regie wurde der erste Angleichungsbericht im Agrarausschuss in erster Lesung abgeschlossen.
- Die Gemeinsame Agrarpolitik befindet sich noch in der Diskussion. Ich setze mich für eine langfristig wettbewerbsfähige Europäische Landwirtschaft ein.
- Verabschiedung meiner Stellungnahme zum Fischereihaushalt 2012 unter Beibehaltung der Mittel vom Vorjahr sowie die Annahme von zwei Pilotprojekten zur Förderung der gemeinsamen Forschung und Verbesserung der Kenntnisse und Abläufe im Meer sowie über integratives Management der menschlichen Aktivitäten im Meer.



## Alexandra Thein

Entsprechend meiner langjährigen Berufserfahrung als Rechtsanwältin und Notarin in Berlin bin ich seit meiner Wahl 2009 in das Europäische Parlament als Mitglied im Rechtsausschuss, als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten und als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat, zum Irak und stellvertretend zu Afghanistan tätig. Mir geht es als Politikerin darum, im Großen wie im Kleinen eine europäische Kultur der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung zu fördern.

» Eine europäische Kultur der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung fördern. «

Eine Kultur der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung muss immer in ihren vielen unterschiedlichen Facetten verstanden werden. In meiner parlamentarischen Arbeit im Bereich der Rechts- und Verfassungspolitik und in meinem Engagement in den außenpolitischen Delegationen kann ich diese Werte politisch ebenso umsetzen wie in verschiedenen interfraktionellen Arbeitsgruppen ('Intergroups'), wo ich insbesondere in den Intergroups für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) sowie für kleine und mittlere Unternehmen aktiv bin.

### Den europäischen Rechtsraum stärken

Die Mobilität der Bürger und Unternehmen führt zu immer mehr grenzüberschreitenden Kontakten in der EU. In diesen Lebens- und Geschäftssituationen kommen unterschiedliche Rechtsordnungen zur Anwendung, was für alle Beteiligten zu unnötigen, teils unlösbaren Problemen führt. Ich setze mich im Rechtsausschuss dafür ein, dass wir mit Beharrlichkeit und Augenmaß zunehmend einheitliche Regelungen im Zivilrecht erlassen, um das Leben der Bürger und Unter-

nehmen zu erleichtern. So können bislang Ehepaare und eingetragene Lebenspartner mit bi-nationalem Hintergrund schwer abssehen, welches Recht für sie in Scheidungsverfahren gilt. Hier haben wir nun einheitliche und klare Regeln geschaffen, welches Recht im Fall einer Scheidung gilt. Entsprechend ist die Situation bei Erbfällen: Derzeit beraten wir eine Erbrechtsverordnung, die bei grenzüberschreitenden Erbrechtsfällen einheitlich und klar festlegen soll, welches Erbrecht zur Anwendung kommt und welches Gericht zuständig ist. Allgemein arbeiten wir an weiteren Regelungen, die nach dem Grundsatz der

gegenseitigen Anerkennung darauf abzielen, dass in einem Mitgliedstaat getroffene Entscheidungen auch grenzüberschreitend Wirksamkeit entfalten.

### Der Mittelstand ist Europas Fundament

Wenn kleine und mittlere Unternehmen gefragt werden, was sie am massivsten behindert, dann fallen immer wieder die Begriffe Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Ich setze mich im Rechtsausschuss mit besonderem Nachdruck für alle Maßnahmen ein, die Bürokratielasten beseitigen oder gar nicht entstehen lassen. So habe ich mich etwa an der Spitze der Liberalen sehr dafür engagiert, dass Kleinunternehmen von auf Großunternehmen zugeschnittenen Bilanzierungsvorschriften befreit werden können. Ein weiterer wichtiger Punkt für mich war und ist es, die europäischen Vorschriften zur Rechnungsstellung zu vereinfachen und zu harmonisieren, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr im Binnenmarkt zu erleichtern.

Für wirksame, effiziente und lebensnahe Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums konnte ich mich sowohl im Patentrecht wie auch im Urheberrecht einsetzen. Ein EU-Patent wird es künftig mit Wirkung in mindestens 25 EU-Staaten geben, womit eine jahrzehntelange Diskussion endlich ab-

geschlossen wird. Beim Urheberschutz habe ich mich stets für die Freiheit des Internetzugangs eingesetzt

### Eine gute Ordnung für Europa

In meinen Augen ist eine Verfassungsordnung dann gut, wenn sie die politischen Akteure zum Handeln in Einklang mit den Werten der Freiheit, der Selbständigkeit und der Verantwortung anhält. Auf eine nach diesem Maßstab immer bessere Ordnung arbeite ich im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten und als verfassungspolitische Sprecherin der FDP im EP hin. Dabei ging es in der ersten Hälfte der Legislatur vor allem um die Ausgestaltung, welche uns der Vertrag von Lissabon aufgegeben hatte. Bei der finanzpolitischen Neuordnung haben wir Liberale schon einiges erreicht. Effektive Verfahren zur finanz- und wirtschaftspolitischen Disziplinierung gegenüber verantwortungsloser Politik in einzelnen Mitgliedstaaten wurden geschaffen. Die differenzierte Zinsbildung auf den Märkten für Staatsanleihen wurde vor dem Ruf nach 'Eurobonds' gerettet. Eine weiter offene Baustelle ist das Ziel, finanzpolitische Entscheidungen nicht mehr in intergouvernementalen Runden, sondern in transparenten EU-Institutionen zu treffen.

### Europa gehört seinen Bürgern

Ein wesentlicher Schwerpunkt meiner verfassungspolitischen Arbeit war und ist es, Europas demokratische Legitimation zu stärken. Bei der Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative, die durch den Vertrag von Lissabon eingeführt wurde, konnte ich alle liberalen Anliegen für eine einfache und bürgerfreundliche Regelung durchsetzen, die zugleich Initiativen in Widerspruch zu unseren Grundwerten von vornherein ausschließt.

Weitere Dossiers, die in liberalem Geist Europa als ein Europa der Bürger stärken, waren etwa die Einführung eines einheitlichen Lobbyisten-Transparenzregisters für die EU-Institutionen, eines Statuts für Parteien auf europäischer Ebene und eines Verhaltenskodex für Europaabgeordnete.

### Europas Werte auch in Palästina

Als Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat hatte ich Gelegenheit, in sechs Nahost-Reisen während der ersten Hälfte der Legislatur den Dialog für die Werte Europas zu führen. Delegationsreisen zu den Vertretern der verschiedenen palästinensischen Fraktionen in Ramallah und Gaza oder palästinensischen Flüchtlingen im Libanon und in Syrien waren ebenso darunter wie das Organisieren einer Videokonferenz mit solchen Mitgliedern des Palästinensischen Legislativrates, die wegen israelischer Abschiebeverfügung in Jerusalem im Asyl des Roten Kreuzes leben. Besonders erfreut war ich über den großen Anklang, den eine von mir ins Leben gerufene Reihe von Vorführungen von Filmen über Palästina mit anschließender stets hochinteressanter Diskussion ('Ciné Palestine') im Parlament fand. Vor diesem Hintergrund habe ich mich auch in vielfacher Form für Europas Beitrag zu einem friedlichen und gerechten Ausgleich im Israel-Palästina-Konflikt engagiert.



### ERREICHTE ZIELE

- Europäische Bürgerinitiative **bürgerfreundlich** gestaltet: Geringere Hürden durchgesetzt als von der Kommission vorgeschlagen
- **Bi-nationale Scheidungen vereinfacht**: u.a. anwendbares Recht und zuständiges Gericht für **Scheidung und Güterrecht** – auch bei eingetragenen Lebenspartnerschaften – harmonisiert
- EU-weiter **Verbraucherschutz beim Grundstückserwerb**: deutsches Festzinsystem gerettet und Vorschlag der Kommission entbürokratisiert
- Rechnungsstellung für kleine und mittlere Unternehmen vereinfacht: **elektronische mit Papierrechnungen gleichgestellt und standardisiert**
- **Corporate Governance** mit Ziel und Maß reformieren: Absage an Aktionismus bei Reformen und Forderung nach mehr Wettbewerb im Markt der Wirtschaftsprüfer im EP mit durchgesetzt
- **Aufnahmeantrag Palästinas** in die UN: einheitliche Stellungnahme des EP im Rahmen einer Kompromisslösung formuliert



## Michael Theurer

Zugegeben: Fast 15 Jahre Erfahrung als direkt gewählter Oberbürgermeister prägen. Aus dieser Praxis weiß ich, welche Bedeutung die europäische Gesetzgebung auf praktisch allen Ebenen hat. Wer nicht Spielball einer anonymen und oft als bürokratisch empfundenen EU-Gesetzgebung sein möchte, muss sich einmischen. Das ist meine Motivation. Meine Aufgabe als Europaabgeordneter sehe ich darin, kleinen und mittleren Unternehmen und der kommunalen Selbstverwaltung in Europa eine Stimme zu geben, Innovationen zu fördern und Regionen zu stärken. Meine Vision für Europa ist ein dezentraler, föderaler, liberaler Bundesstaat.

### » Die Welt und Europa im Blick, die Heimat im Herzen. «

In der Kommune liegt der Reiz darin, Viel für relativ wenig Menschen zu bewegen. Im Europaparlament geht es hingegen darum, an wenigen entscheidenden Stellen für viele Menschen etwas zu bewegen. Die Halbzeit der Legislatur bietet Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Bei meiner Arbeit zählt sowohl die globale als auch die regionale Perspektive.

#### Lokal und regional denken

Die EU darf nicht nur ein Ort für Konzerne und große Spieler sein. Europa muss vor Ort sein.

Im Ausschuss für Regionale Entwicklung setze ich mich für eine moderne Regionalförderung ein. Die EU-Struktur- und Regionalfonds müssen wirtschaftlicher eingesetzt und auf die Schaffung sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen fokussiert werden.

Die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hängt in erster Linie jedoch nicht von EU-Förderung, sondern von der Entwicklung neuer und technologisch führender Produkte ab. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen muss daher der Zugang zum neuesten Stand der Forschung, zu Technologietransfer, Kompetenzbrücken und Existenz-

gründerzentren erleichtert werden. Das Ziel ist die EU als Innovationsunion.

In meiner neuen Funktion als Mitglied im Ausschuss für Industrie, Energie und Forschung setze ich mich in der anstehenden zweiten Hälfte der Legislaturperiode für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen und die Förderung von Schlüsseltechnologien in Europa ein. Nur wenn wir uns weiterhin neue Technikbereiche wie die Nano- oder Solartechnologie, Elektromobilität oder digitale Infrastrukturen erschließen, können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern.

In verschiedenen Berichten und Initiativen habe ich mich darüber hinaus mit Er-

folg dafür eingesetzt, dass kleine und mittlere Unternehmen sich besser vernetzen, Innovationsnetzwerke und Cluster zwischen Unternehmern gefördert werden und Synergien zwischen der Strukturpolitik und der Forschungsförderung der EU besser genutzt werden. Ein konkreter Erfolg war etwa der Zugang zu zinsverbilligten Darlehen für regenerative Energieprojekte wie Offshore-Windparks, wenn Stadtwerke beteiligt sind. Überraschend fand ich, dass EU-Fonds ausgerechnet von wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten nicht oder nur schleppend abgerufen werden. Dies ist hochproblematisch. Richtig eingesetzt könnten die Struktur- und Regionalfonds einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung leisten. In meinem Bericht zur Abrufung von Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln, der im Europäischen Parlament mit einer großen Mehrheit verabschiedet worden ist, verdeutliche ich: Struktur- und Kohäsionsfonds werden besser abgerufen und verwendet, je dezentraler und unbürokratischer die Mittelvergabe im jeweiligen Mitgliedsland organisiert wird.

Im Lissabonvertrag ist der Grundsatz der Subsidiarität ebenfalls fest verankert – Entscheidungen sollen so nah wie möglich am Bürger getroffen werden. Die Umsetzung dieser Maxime ist mir ein zentrales Anliegen. Auf meine Initiative hin hat die liberale Fraktion das Thema mit einer mündlichen Anfrage an die Kommission auf die Tagesordnung des Europäischen Parlaments gesetzt.

#### Global handeln

Fast jeder dritte Arbeitsplatz hängt in Deutschland direkt oder indirekt vom Export ab. Dem Welthandel kommt im Zuge der Globalisierung eine immer wichtigere Bedeutung zu. Der Abschluss internationaler Handelsabkommen ist eine der Hauptaufgaben der EU. Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel habe

ich mich dabei auf die besonderen Belange kleinerer und mittlerer Unternehmen konzentriert.

Das wirtschaftlich bedeutende Handelsabkommen zwischen der EU und Südkorea wurde von mir als Berichterstatter der Liberalen aktiv mit gestaltet. Es ist erfreulich, dass bei diesem arbeitsintensiven Projekt gelungen ist, bessere Bedingungen für Industrie und Gewerbe in Europa in einer Schutzklausel zu verankern.

Darüber hinaus habe ich im Rahmen der mündlichen Anfrage zur Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen an die Kommission die besonderen Bedürfnisse der Mittelständler hervorgehoben und konkrete Maßnahmen gefordert, um sie in ihren Auslandsaktivitäten zu unterstützen. Gemeinsam mit Abgeordneten anderer Fraktionen setze ich mich für die dauerhafte Sicherung der Versorgung europäischer Unternehmen mit international gehandelten, nicht-energetischen Rohstoffen ein.

#### Bürgereuropa – ja!

Europa bewegt die Gemüter. Die EU und ihre Institutionen werden häufig als distanziert und schwer verständlich wahrgenommen. Es ist mir daher ein Anliegen, für Bürger eine Brücke zur EU zu bauen. Die Europäische Bürgerinitiative, die Bürgern aus ganz Europa erlaubt, Gesetzesinitiativen vorzuschlagen, eröffnet neue Möglichkeiten der Teilhabe.

Auch die 'EU-Hausparlamente', die von mir ins Leben gerufen wurden, stärken Europa vor Ort. Bei diesem Beteiligungsmodell diskutieren Bürgerinnen und Bürger buchstäblich am eigenen Küchentisch in selbst einberufenen Arbeitsgruppen aktuelle, europapolitische Fragen. Die Empfehlungen der Hausparlamente werden in meinem Büro gesammelt und durch mich oder entsprechend zuständige Kollegen in die Ausschussarbeit eingebracht.



Europa greifbar machen bedeutet, es mit eigenen Augen zu sehen und einen Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten zu bekommen. Das konnte ich in den letzten zweieinhalb Jahren über 3000 Besuchern in Strassburg und Brüssel ermöglichen.

Das Gespräch mit Schülern, Senioren, Vereinen, Parteigliederungen und anderen Bürgern bleibt für mich trotz des dichten Terminkalenders sehr wichtig. Die von mir konzipierten Veranstaltungsreihen 'Europa-Afterwork' und 'Europa-Matinee' bieten eine weitere Gelegenheit zum Austausch.

#### Ein Herz für die Donau

Ein Stück gelebtes Europa sind auch die vielen Städtepartnerschaften, beispielsweise entlang der Donau-Anrainerstaaten. Persönliche Leidenschaft entwickle ich als stellvertretender Vorsitzender des fraktionsübergreifenden Abgeordnetennetzwerks 'Donauforum' bei meinem Einsatz für die EU-Donaustrategie. Die Donau, die nur wenige Kilometer von meiner Heimatstadt Horb am Neckar entfernt, im Schwarzwald entspringt, ist der längste Fluss der EU und das Symbol für das Zusammenwachsen Mittel- und Osteuropas.

#### ERREICHTE ZIELE

- Gründung der **'EU-Hausparlamente'** in Baden-Württemberg
- Gespräche mit **über 3000 Besuchern** in Straßburg und Brüssel
- Autor des Berichts **'Abrufung von Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln: Lehren für die künftige Kohäsionspolitik der EU'**
- Stellvertretender Vorsitzender und Mitbegründer des **'Donauforum'**, einem fraktionsübergreifenden Netzwerk von Europaabgeordneten
- Initiator des **'Liberalen Mittelstandsdialogs'** und Autor zahlreicher Anträge mit dem Ziel, Prozesse unbürokratischer und den Zugang zu Technologie- und Innovationsförderung für Mittelständler zugänglicher zu machen
- Mitautor zahlreicher **Entschließungsanträge** zur Doha-Entwicklungsrunde und zum Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA)

---

---

## IMPRESSUM

© Copyright 2011  
Gruppe der FDP im Europäischen Parlament

FDP Europabüro Berlin  
Platz der Republik 1  
DE-11011 Berlin  
Telefon +49 30 22753351  
Fax +49 30 22756351  
europabuero.fdp@bundestag.de  
www.fdp-in-europa.de

**Redaktion**  
Benjamin Krieger  
Pressesprecher der FDP im EP  
ASP 10 G 150  
60, rue Wiertz  
BE-1047 Brüssel  
Telefon +32 473 132 645  
Fax +32 2 28-49344  
bk@fdp-in-europa.de

**Layout & Produktion**  
RAUM II  
Agentur für visuelle Kommunikation  
Körnerstrasse 56  
DE-04107 Leipzig  
Telefon +49 341 30326760  
Fax +49 341 30326768  
info@raum-zwei.com  
www.raum-zwei.com



EUROPÄISCHES PARLAMENT